

Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis monatlich 0.20 Rentenmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlag in Leipzig, Zeiser Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 0.40 Rentenmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einbindung auf Postkontokonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 31

Sonntag, den 2. August 1924

28. Jahrgang

Ein Erinnerungstag.

Der 2. August 1914 (Mobilisierung) ist ein solcher Tag. Allerdings ein Tag, dessen sich keiner von unsern Kollegen gern erinnert. Denn es war der schmerzliche Tag, an dem die Brandfackel des Krieges, der Zerstörung, des Todes, des Hungers und der Verzweiflung unter die Völker Europas geschleudert wurde. Ueber 4 Jahre dauerte der Zustand der gegenseitigen Vernichtung, und weitere 5 1/2 Jahre haben noch nicht vermocht, eine erträgliche Verständigung zu bringen, um allen am Krieg beteiligten gewesenen Nationen die notwendige wirtschaftliche und politische Bewegungsfreiheit zu ermöglichen. Gegenwärtig sitzen in London die Vertreter der am Krieg beteiligten Nationen wieder einmal beisammen, sie beraten, klügeln, und haben anscheinend diesmal den festen Willen zu beschließen, wie und wann die Wunden, die der Krieg den Völkern geschlagen hat, endgültig zu heilen sind. Das ist zweifellos eine schwierige Arbeit, schwieriger wie eine Doktorarbeit, sie übersteigt die Kraft eines Einzelnen und muß deshalb Kollektivarbeit sein. Zu solcher Kollektiv-Friedens-Arbeit wurde bereits mehrere Male der Anlauf unternommen, ohne jedoch zum Ziele zu gelangen. Hoffentlich gelingt es diesmal, und zwar mit einer Rechnung, die von den noch aus vielen Wunden blutenden Nationen auch beglichen werden kann.

Eine Schilderung über den unglücklichen 2. Augusttag 1914, etwa in der Aufmachung, wie und was die Ursache des Weltkrieges war, halten wir nicht für angebracht. Die meisten der jetzt Lebenden, besonders die im Arbeitsverhältnis Stehenden, haben alles selbst erlebt, und dann muß es ja auch Berufeneren vorbehalten bleiben, all den verborgenen und verschlungenen Pfaden nachzuspüren, auf denen das Unheil für die europäischen Menschen emporkam. Wir wissen nur eins gewiß: die weltwirtschaftliche und politische Entwicklung mit den Ansprüchen der einzelnen Kulturstaaten wurde durch den Eigennutz und den Ehrgeiz ihrer jeweiligen Regierungen und mußte zwangsläufig zu dieser blutigen Auseinandersetzung hinführen. Und es sieht leider nicht danach aus, als ob das Weltgewissen der Kulturstaaten nunmehr dauernd erwacht wäre, um die Kriegsschrecken endgültig zu bannen und zu bändigen. Niemand weiß wohl besser wie der gewerkschaftlich und politisch geschulte deutsche Arbeiter, daß es noch recht angestrengter Arbeit, gemeinsam mit den besten Köpfen der Nationen bedarf, um die Völker und ihre verantwortlichen Staatsmänner von der schmerzlichen und entsetzlichen Kriegsschmerz zu heilen. Wir sind deshalb auch berechtigt zu sagen: Der einzige wirkliche Lichtblick in diesem Sinne sind vor allem andere die gewerkschaftlichen und sozialistischen Organisationen des europäischen Festlandes.

Die Erinnerungen, die rückblickend auf die verflochtenen zehn Jahre am 3. August in uns aufsteigen können nicht annähernd in einem kurzen Zeitungsartikel in Worte gefaßt werden. Ueber den Krieg selbst und seine demoralisierende Auswirkung auf den Charakter des Einzelnen, sowie ganzer Volksteile, läßt sich Neues nicht schreiben. Leid, Sorge, Not und Erbitterung haben die direkten Kriegsjahre übergenug gebracht, kaum ein Einzelner von den „gewöhnlichen“ Volksgenossen ist davon frei geblieben. Und die Nachkriegsjahre? Nun, die haben nicht mindere Wirkungen im Gefolge gehabt! Materiell und ideell sind durch die teils zwangsläufig sich gestaltenden Verhältnisse und Zustände geradezu ungeheure Anforderungen an uns, als deutsche Volksgenossen, gestellt worden. Trotz der bereits vorhandenen Erbitterung wurde unter schweren, krankhaften Zuständen des wirtschaftlichen und politischen Geschehens in Deutschland diese ungeheure Belastung ertragen. Ja, sie wurde ertragen; doch fragt nur nicht: Wie? Noch heute lastet es schwer auf dem früheren Mittelstand und ganz besonders unerträglich schwer auf allen denen, die weiter nichts besitzen als ihre geistige und körperliche Arbeitskraft. Diese „Besitzlosen“ können trotz ihres Willens ihren Besitz nicht auswerten, sie werden durch staatliche und teils private Almosen vor dem direkten Verhungern nur kümmerlich geschützt. Das ist mit dürren Worten nur die eine Seite der Belastungsprobe, sicherlich aber, rein sachlich gesehen, die schlimmste und aufreizendste!

Mit dem Erinnerungstage des August taucht auch der November 1918 auf: Die Revolution! Die mit kurzem, gar nicht einmal kräftigem Windhauch alle getränkten kleinen und großen Potentaten Deutschlands fortblies, dazu noch manche andre ungekrönte. Die politische Macht hatte damit das arbeitende Volk, ja! Und über große Hoffnungen wurden daran geknüpft. Hoffnungen, die nur erfüllt werden konnten, wenn ein Geist und ein Wille die Massen beherrschte und dieser Wille die politische Macht dann dirigierte, und wenn außerdem auf wirtschaftlichem Gebiet der damals wankende Boden recht schnell fest wurde. Mit die beiden Hauptpunkte aber sehr! Das ist durchaus kein Wunder! Denn 4 1/2 Jahre Krieg, Mord und Verwüstung, 4 1/2 Jahre Zerstörung der Wirtschaft und 4 1/2 Jahre Lug und Trug konnten nach menschlichen Begriffen nicht im einheitlichen Geist und Willen und zur Zufriedenheit der erbitterten Volksmasse durch die politische Macht von gestern ausgeglichen werden. Das ist unsere Meinung, der natürlich auch eine andre entgegengesetzt werden kann, die da sagt: „Es war doch möglich!“ Lassen wir diesen Widerspruch ruhig über uns ergehen, er ändert nichts an der Sachlage, aber verweisen dürfen auch die Widersprechenden nicht das fürchtbare Friedensdiktat von Versailles. Jenes Dr. Eisenbart-Rezept, welches augenblicklich in London eine etwas veränderte Richtung erhält. Einschließlich dieses Diktates haben die ungeheuren, ehernen wirtschaftlichen Gesetze, die im Völker-Warenaustausch, im Völker-Geldverkehr und in manchen andern weltwirtschaftlichen Notwendigkeiten gelten, mit ihrer Auswirkung auf die engeren wirtschaftlichen Landesverhältnisse, die politische Macht des arbeitenden Volkes in Deutschland geschwächt. Ja, sie haben sogar sehr leicht schwächen können, weil es an Erkenntnis, am einheitlichen Willen und an Vertrauen in die eigene Kraft fehlte. Das muß am Erinnerungstage des Weltkrieges ohne jede Beschönigung mit eingeschlossen werden. Denn viel hat das arbeitende Volk eingebüßt, viel hat es verloren! Wenn auch manches auf Konto der wirtschaftlichen Zustände kommt, so war doch der Verlust nicht immer ohne eigene Schuld. Und am arbeitenden Volk allein liegt es in der Hauptsache, wenn das noch vorhandene Wenige erhalten bleibt. Diese Erkenntnis sollte sich am 10jährigen Erinnerungstage des Beginns des Völkermordes bei allen Arbeitern durchziehen, ohne jede erbitterte Verdächtigung. Wer dennoch glaubt, mit dem Finger auf andre zeigen zu müssen, dem können wir nur dringend und ernstlich raten, sich bei einem solchen Beginnen vor einen Spiegel zu stellen.

Der unangenehme, fluchwürdige Gedentag des 2. August 1914 wird wahrscheinlich im völlig-nationalistischen Sinne an einzelnen Orten aufgezogen werden. Dieses nationalstische, maulaufreizende Getöse läuft bekanntlich auf erneutes Völkermorden hinaus und hat mit wirklichem Nationalbewußtsein, wie es der richtige deutsche Republikaner besitzt, nichts zu tun. Allein die Millionen, die der Weltkrieg von den deutschen Volksgenossen vernichtete, sprechen deutlich und ernstlich die Absprechung aus. Obgleich diese Millionenzahlen bekannt sein dürften, führen wir sie nochmals an. Die Opfer Deutschlands während des Weltkrieges 1914 bis 1918 betragen:

Die Todesopfer des Heeres	rund 2 000 000 Menschen
die Todesopfer der Zivilbevölkerung	rund 750 000 Menschen
Tote Deutschlands dauernde Krüppel	rund 2 750 000 Menschen 1 250 000 Menschen
Tote und Krüppel	4 000 000 Menschen.

Außer den Kriegsbeschädigten hat das verarmte Deutschland 533 000 Kriegswitwen mit 1 134 000 rentenberechtigten Kindern, 58 000 Waisenkinder, 200 000 bedürftige Eltern gefallener Soldaten zu unterstützen. Hinzu kommen noch circa 200 000 Menschen, die als Kriegsnachwirkung vom Staate unterstützt werden müssen.

Kollegen, das sind ungeheuerliche Zahlen der Not, die der Krieg nur allein Deutschland aufgewälzt hat! In den andern Staaten werden sie verhältnismäßig gewiß nicht harmloser sein. Die deutsche Arbeiterchaft weiß sich am Erinnerungstage des 2. August 1914 mit allen Menschenfreunden der Welt, vor allem mit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft der Welt, eins in dem aufrichtigen ernstlichen Gelübnis: Nie wieder Krieg! — Steinmetz und Steinmetz, gedenkt auch der Tausende von Berufscollegen, die der Weltkrieg vernichtet hat, vernichtet für wen? für was? Die Erinnerungen an die verflochtenen Jahre legen uns ausnahmslos die Verpflichtung auf, den nationalstischen Schwund immer zu bekämpfen, wo er sich breit macht. Wir haben einzustehen für ein gesundes Nationalbewußtsein, das eine Wiederkehr von 1914 unmöglich macht!

Dawes-Gutachten und Arbeitnehmer-Interesse

Von Prof. Dr. Julius Firsch.

2. Annahme oder Ablehnung?

Hätte Deutschland die Wahl zwischen vorläufigen Lösungen wie sie Rathenau zunächst für kürzere Frist vereinbart hatte, und dem Plan der Sachverständigen, so würde man sehr wahrscheinlich heute gern die Rathenau-Lösungen wählen. Die Wahl steht aber gar nicht mehr Dawes oder Rathenau, sondern Dawes oder Micum-System. Und nachdem dieses unglückselige, der Entente nicht sehr viel einbringende, Deutschland aber in unerträglicher Weise belastende System einmal da ist, ist für jeden vernünftigen Urteilenden eine Ablehnung des Dawes-Gutachtens ganz ausgeschlossen. Seine Voraussetzung ist zum mindesten die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit, und auf absehbare Zeit kostet es Deutschland als Ganzes nicht mehr, sondern weniger als dieses Drucksystem unter der Ruhrbesetzung, das außerdem Deutschland wirtschaftlich zersplittert. Für die deutsche Arbeiterchaft im besonderen ist aber offensichtlich, daß sie schon jetzt unter dem Micum-System in unerträglicher Weise leidet, weil die Unternehmer der Reparationsprovinzen auf sie und ihren Lohn diese Last weitgehend mit abwälzen haben und weiter abwälzen versuchen, und weil sie trotzdem wegen dieser Lasten überhöhte Preise nehmen müssen, die Arbeiter also auch als Verbraucher dadurch bei den wichtigsten Rohstoffen, insbesondere bei der Kohle, schwerstens geschädigt werden. Das Micum-System erzwingt neben anderen Umständen zu hohe Warenpreise in Deutschland, diese drücken die Ausfuhrmöglichkeit und machen unsere Handelsbilanz passiv, erhöht damit die Nachfrage nach Devisen. Deshalb bedroht das Micum-System, je länger desto mehr, die deutsche Währung mit neuer Erschütterung. Daß aber von einer neuen Inflation die Arbeiterchaft am schwersten getroffen werden würde, das hat Grafmann vor dem Sachverständigen-Komitee so eindringlich dargelegt, daß dieses die Ausführungen in der ganzen Welt verbreitet hat. Das Sachverständigen-Gutachten ebenehen bedeutet vielleicht völlige, aber jedenfalls nicht vernünftige und erst recht nicht nationale Politik. Es annehmen, bedeutet darum noch lange nicht den Verzicht auf schnellste Erreichung einer besseren Lösung, die durchaus möglich erscheint. Und die Annahme bedeutet erst recht nicht den Verzicht auf gerechtere Verteilung der Lasten in Deutschland selbst, als sie nach dem Schema des Sachverständigen-Gutachtens, das hier gerade die wichtigsten Wege noch offenläßt, sich hier automatisch zu ergeben scheint. Die Last steht nun fest. Das äußere Ziel muß sein, solche Formen zu finden, die sie möglichst zweckmäßig und schnell abbürdet, das innere aber: die Lasten nicht wieder einseitig auf die Lebenshaltung der breiten Masse abwälzen, wie es die bisherige Politik der Inflation in so unendlich leidvoller und bitterer Weise getan hat.

3. Wirkungen der Annahme des Gutachtens.

Aller Voraussicht nach wird die Annahme des Gutachtens schon recht bald gegenüber der heutigen Lage wesentliche Besserungen in der deutschen Wirtschaft zur Folge haben, wenn auch diese Besserungen nicht das von manchen erträumte Ausmaß erreichen. Nicht einmal dasjenige, das eine gradlinige Fortführung der Politik Wirth-Rathenau zur Folge gehabt hätte. Insbesondere wird die Ein- und Durchführung einer echten Goldwährung gegenüber der jetzigen Behelfswährung eine weit größere Sicherheit vor neuer Inflation bedeuten und damit der gesamten Wirtschaft erst wieder den Boden für eine gesunde dauerhafte Weiterentwicklung geben. Darüber hinaus darf aber nach einer gewissen Uebergangszeit eine wesentliche Besserung der Wirtschaft desweges erwartet werden, weil zunächst die Micumlasten wegsallen. Es ist zwar eine zu optimistische Meinung, wenn ein Kritiker glaubt, daß nicht nur diese Lasten wegsallen, sondern auch noch die 800 Millionen Goldmarkenleihe, die herinkommend, demwiesemassen der deutschen Volkswirtschaft zufließen. Für diese 800 Millionen werden ja vielmehr auch die Kohlen- und sonstigen Sachleistungen hinausgehen, also wie bisher unserer Wirtschaft entzogen. Nur die Zahlungen dafür werden ihr nicht mehr ohne Gegenleistung entzogen. Um diese 800 Millionen Goldmarken steht sich die deutsche Wirtschaft also im ersten Jahre jedenfalls zunächst einmal besser. Sogar um einen bedeutend größeren Betrag,

wenn die Hemmungen, die das Micum-System über uns ganz unproduktiv verhängt hat, auch wegsallen werden, also die Zollgrenzen gegenüber dem besetzten Gebiet, die Wegnahme der Zölle und Abgaben, die Verkehrshemmungen. Zu Anfang nächsten Jahres kommt eine weitere bedeutsame Veränderung unserer Situation, wie wir der Arbeit unserer Unterhändler auf der Konferenz von Genau, insbesondere derjenigen von Rathenau, verdanken. Bisher waren wir auf dem Weltmarkt nicht gleichberechtigt. Die sogenannte „einseitige Meistbegünstigung“ des Versailler Vertrages bedeutete, daß wir allen Entente-Staaten jeglichen Vorteil bei Ein- und Ausfuhr einzuräumen mußten, während die anderen uns gegenüber keinerlei Vorteile gewährten. Deswegen bekamen wir für unsere Ausfuhr, wie wir in Cannes berechnet haben, 20—25 Prozent weniger, als der wirkliche Wert war, das ist im Jahre beinahe 1 Milliarde Goldmarken, den wir dann größtenteils voraussichtlich mehr hereinholen können, oder fast 4 Prozent unseres Volkseinkommens.

Doch sei auch hier davor gewarnt, diese günstigen Wirkungen zu schnell zu erwarten. Trotz der Annahme des Dawes-Gutachtens müssen wir durch eine scharfe Bereinigungsstrie hindurch, weil in der unglückseligen Inflationszeit unsere Industrie- und Handelswirtschaft sich vollkommen falsch organisiert hat. Wir haben viel zu viel Betriebe in Handel und Bankwesen und viel zu viel und auch rückständige Betriebe in unserer Industrie. Eben deswegen sind wir, während unsere landwirtschaftlichen Preise unter dem Weltmarkt liegen, unsere Löhne noch recht beträchtlich darunter bleiben, mit unseren industriellen Preisen darüber, und diese viel zu vielen in der Wirtschaft kann nur eine Krise beseitigen. Je schneller sie kommt, desto besser, insbesondere auch für die Arbeiter; übrigens auch mit Rücksicht auf das Dawes-Gutachten. Die Besserung unserer Wirtschaft soll ja teilweise gemessen werden an dem Aufstieg der nächsten vier Jahre. Geht die Bereinigung zu langsam, so steht etwa als Aufstieg aus, was nur Säuberung von ganz ungeunden Parasiten in der Volkswirtschaft ist (der badiische Lebensmittelhandel hat zwar weniger Ware als im Frieden, aber fünfmal so viel Großhändler gehabt. Die wollen alle von den Warenpreisen mitleben und sind doch zu vier Fünfteln mindestens überflüssig).

Darüber hinaus ist der Zustand, den der Dawes-Bericht schaffen wird, sicherlich weit besser als der jetzige unter dem Micum-System, den wir der unglückseligen Politik der Nichterfüllung nach System-Sinnes-Rathenau-Savantein verdanken, aber doch nichts weniger als ein idealer oder auch nur wünschenswerter Zustand. Deutschland im allgemeinen, die deutschen Arbeitnehmer im besonderen, haben allen Anlaß, weitgehende Verbesserungen auch am Dawes-System zu erstreben und eine zielbewusste Politik darauf einzustellen. Die hauptsächlichsten Bedenken gegenüber dem Dawes-Gutachten liegen in vier Punkten:

1. Die Belastung des deutschen Volkes wird zunächst bedeutend schwerer als der Dawes-Bericht annimmt.
2. Der Plan enthält eine wirtschaftliche Ungerechtigkeit, indem er schon Teile der deutschen Schuld kapitalisiert, d. h. ohne daß überhaupt gefaßt ist, wieweil denn die Last beträgt, also welche Teile des deutschen Volkseinkommens überhaupt gefordert werden.
3. Nicht beträchtliche Gefahren liegen darin, daß die Eisenbahnfrachten nicht mehr nach den Interessen der deutschen Wirtschaft allein festgesetzt werden, und vor allem auch, daß die deutsche Zinspolitik nicht mehr in unserer eigenen Hand, sondern im Interesse der „Transferierung“ in fremde Hand geht. Darin liegt aber eine recht beträchtliche Gefahr für das künftige Lohnniveau.
4. Die Verteilung der Lasten, die der Bericht vornimmt, ist zunächst einmal zweifelsohne ungerecht und trifft unverhältnismäßig schwer die Arbeiterchaft in ihrer Eigenschaft als Arbeiter sowohl wie als Verbraucher. Wir wollen diese Mängel untersuchen, um daraus die wirtschaftlichen Richtlinien zu finden, nach denen Umgestaltung und Ausbau unseres Reparationsystems unter allgemeinen Gesichtspunkten sowohl wie insbesondere unter denjenigen der Arbeiterchaft sich zwingend ergeben.

Zu 1. Die Last ist schwerer als angenommen. Es galt bei manchen „Sachverständigen“ des Reichsverbandes der Deutschen Industrie stets als patristische Pflicht, die deutsche Wirtschaft als reitungslos passiv darzustellen, also als eine solche, die mehr verzehrt, als sie erzeugt. Insbesondere wurde der Achttundentag als die Ursache dieser immer weitergehenden Verelendung der deutschen Wirtschaft bezeichnet. Daß diese ganze Diktumweise der Wirklichkeit nicht entspricht, ist in meiner Schrift „Die deutsche Währungsfrage“ eingehend dargelegt. Auf das Ausland aber haben derartige pseudopatriotische Behauptungen genau gegenteilig gewirkt. Auf Grund der bitteren Klagen über Verelendung der Wirtschaft erwartete man in Deutschland heruntergewirtschaftete Eisenbahnen, zerfallene Fabriken, vielleicht sogar unterernährte Unternehmer zu finden. Statt dessen sah man ausgebaute Fabriken, ein ganz leblich wieder hergestelltes Eisenbahnsystem und bis vor kurzem eine verhältnismäßig große Zahl neuer Unternehmer und keine Zusammenbrüche. Daraus und auch auf Grund einzelner Mißgriffe in dem dem Sachverständigen vorgelegten Material sind diese nun zu einem genau umgekehrten Schluß gekommen, nämlich, daß die deutsche Wirtschaft sich schnell wieder hergestellt habe, daß die deutschen Eisen- und Stahlwerke die Wirtschaftskraft Deutschlands unverhältnismäßig bahnen in besserem Zustand seien als die der Entente-Staaten selber, viel größer sein müsse, als irgendjemand es bisher gefaßt hat. Zwar sehen auch die Sachverständigen, daß das Micum-System uns ungeheuer schädigt, aber sie halten es für eine vorübergehende Folge der Kreditnot, was in Wirklichkeit einer weitgehenden Falschorganisation unserer Wirtschaft entspricht. Es liegt Anlaß zu der Vermutung vor, daß sie zwar das jetzige Volkseinkommen ziemlich niedrig einschätzen, aber der Meinung sind, daß die deutsche Wirtschaft sehr schnell wieder aufsteigen, und daß sie nach etwa vier Jahren in Gold (allerdings einschließlich der Goldentwertung) beinahe das gleiche Volkseinkommen wieder erreicht haben werde, das sie vor Kriegsausbruch auch gehabt hat, trotz der Abtretung der Ruhrprovinzen, und trotz der Abtretung der Bergwerke im Saargebiet und in Oberschlesien und trotz des Verlustes der Lothringischen Erzfelder. Leider haben unsere Ministerien an tatsächlichen Material solches vorgelegt, das jeden Nationalökonom auf starke Steigerung der produktiven Volkskraft schließen läßt, nämlich: Mitteilungen über verhältnismäßig schnelles Wiederanwachsen unseres Volkes. Von 1918 bis Anfang 1923 ist die Volkszahl von 59 1/2 Millionen wieder auf beinahe 64 Millionen gestiegen. Ueberraschendes Anwachsen der Erwerbstätigen: 30 Millionen hatten wir 1907, es müßten nach den Abtretungen 27 1/2 sein, ausgerechnet haben wir aber 33 Millionen. Bei steigender Volkszahl sinkende Ausfuhr an Lebensmitteln und doch nicht erhöhte Sterblichkeit, starken Wieder-

aufbau im Eisenbahnwesen und sogar Ueberbürdung der wahr-
scheinlich Leistungen der Bahnen im nächsten Jahr — in den An-
gaben unserer eigenen Verwaltung — aus alledem machen sich Na-
tionalökonom von dem Range eines Dawes, Stamp und ihrer
Mitarbeiter ihren eigenen Kars. Nicht genügend betont wurde aber
offenbar, daß das starke Anwachsen unserer Erwerbstätigen teil-
weise eben doch eine Folge der Verarmung von Volk und Wirtschaft
gegenüber 1914 ist, daß der Wiederaufbau unserer Eisenbahnen
produktive Erwerbslosenfürsorge großen Stils war, also gar nicht
in dem vermittelten Maße Bereicherung, und daß in alledem eben-
drein noch ziemlich viel Täuschung liegt, weil in unsere Wirtschaft
viel zu viel Arbeitskraft in viel zu vielen Handels- und Bank-
geschäften ganz unproduktive Arbeit tut. Folglich: Daß die Bereini-
gungsfähigkeit, die kommen wird, und an deren Ende wir noch lange
nicht stehen, dieses Bild der guten Beschäftigung zunächst einmal
gründlich verändern wird, daß also die Wahrscheinlichkeit schnellen
starken Aufstieges unserer Wirtschaftskraft bei weitem nicht so groß
ist, wie Dawes und die Seinen es nach dem ihnen vorgelegten Ma-
terial und nach dem Augenschein offenbar angenommen haben (wo-
bei noch hinzukommt, daß die beiden Eisenbahnfachverständigen in
ihrem Berichte nicht mit der gleichen ruhigen Objektivität geurteilt
haben, die die sonstige Arbeit des Dawes-Komitees auszeichnet, son-
dern den „glänzenden“ Stand unseres Eisenbahnwesens zweifels-
ohne übertrieben und recht unsozial rechnen. Für das nächste Jahr
wollen sie die Eisenbahntrassen auf 150 Prozent des Friedens ge-
steigert haben, demnach offenbar doch auch die Preise, die Arbeiter-
löhne aber nur auf 93 Prozent des Friedens, also eine recht be-
trächtliche Verkürzung des Reallohnes). Daraus ergibt sich folgende
Schlußfolgerung: Das Dawes-Komitee berechnet die normalen Aus-
gaben für Reich, Staat und Gemeinden auf etwa 6 Mil-
liarden Goldmark, diejenigen für Reparaturen auf 2½ Milliarden
Goldmark. Das heutige deutsche Volkseinkommen würde ihm mit
25 Milliarden angegeben, dasjenige vor dem Kriege war etwas
über 40 Milliarden. Vom heutigen Volkseinkommen, so sind die
Sachverständigen überzeugt, können die Deutschen überhaupt keine
Reparaturen zahlen, von demjenigen in vier Jahren aber 2½ Mil-
liarden. Demnach gilt die folgende Rechnung: Die Belastung nach
dem Dawes-Bericht beträgt bei einem Volkseinkommen von
25 Milliarden Goldmark 34 Prozent (heutige Annahme),
Zwischenstufen 30 Milliarden Goldmark 28 Prozent,
Zwischenstufen 35 Milliarden Goldmark 23 Prozent,
Normaljahr 1928/29 40 Milliarden Goldmark 21 Prozent
(Annahme des Dawes-Komitees).

Da die normale Steuerbelastung des Deutschlands der Vorkriegs-
zeit etwa 15—17 Prozent des Volkseinkommens ausgemacht haben
mag, so wäre in der Tat der jetzige Vorschlag, der insgesamt ein-
schließlich Reparaturen etwas über 20 Prozent bringt, nicht über-
mäßig — wenn eben dieses Volkseinkommen erreicht werden könnte.
Aber auch wenn man die jetzige Entwertung des Geldes und die
daraus herorgehende internationale Preissteigerung als zunächst
einmal dauernd zugrunde legen wollte, so wird deswegen voraus-
sichtlich die Last schwerer werden, weil eben die Steigerung unseres
Volkseinkommens erst durch eine schwere Krise hindurch und dann
sehr wahrscheinlich viel langsamer erfolgen wird, als es dem Dawes-
Komitee aus dem Kontrast zwischen Klagen unserer Wirtschaft-
„Führer“ und der Wirklichkeit eines mutigen, unter Entbehrungen
weitesther Volkstreue begonnenen Aufbaues erschienen ist. Um so
größer wird das Interesse an der Verteilung der Last, sowohl in
zeitlicher Hinsicht, wie bezüglich der Quellen, aus denen die deutsche
Volkswirtschaft die Mittel erschließen soll.

Zu 2. Hätte Deutschland wie Frankreich 1870 Gold genug im
Lande, um die Kriegsschuld abzutragen, so würde beiden Teilen am
besten gedient sein: Deutschland würde sich mit einem Kuck seiner
Last durch Goldzahlung entledigen, die Entente würde ihre eigenen
Staatsschulden, Pensionen und so weiter mit diesem Golde abtragen
oder finanzieren. Weil davon nie die Rede sein konnte, wurde die
Schuld zunächst als eine Hypothek betrachtet, also als etwas, wovon
man zuerst nur die Zinsen bezahlt, das Kapital entweder aus einer
sehr langfristigen Amortisation oder aber durch Veräußerung des
Anspruchs an Dritte wieder flüssig macht; das letztere wäre die
Privatisierung der Kriegsschuld. Das hat die Entente bereits im
Jahre 1921 versucht, als sie für die 132 Milliarden des Londoner
Ultimatums sogenannte „Goldbons“ ausstellte. Weil aber die Lei-
stung von Zins und Tilgung durch Deutschland ganz unsicher war,
waren diese Bons nicht unterzubringen. Das Dawes-Komitee geht

einen anderen Weg: Es überläßt der Reparationskommission 11 Mil-
liarden deutsche Eisenbahn-Obligationen und 5 Milliarden Industrie-
Obligationen, zusammen 16 Milliarden Goldmark. Diese können
vorweg verkauft werden. Aber die Endsumme der Schuld ist nicht
festgelegt. Von den Summen des Normaljahres bedeuten die Obliga-
tionen nicht ganz 40 Prozent. Demnach wäre der Gesamtbetrag
der deutschen Schuld auf 40 Milliarden Goldmark veranschlagt und
würde bei Tilgungsraten von 1 v. H. jährlich in etwa 36 Jahren
getilgt sein. Das ist aber nirgendwo ausdrücklich gesagt, und so
besteht allerdings die Gefahr, daß bei irgendeinem Umsturz der
Meinungen zwar Teile des deutschen Volkseinkommens abverkauft
sind, aber die Gesamtschuld selber gar nicht endgültig festgelegt ist.
Das erschwert aber wieder außerordentlich die Kapitalisierung der
deutschen Schuld, und doch haben an einer solchen alle Beteiligten
das größte Interesse: die Gegner, weil sie schneller zu ihrem Gelde,
zur Entlastung ihrer Steuerzahler, zur Beschleunigung ihres Wieder-
aufbaues kommen: Deutschland, weil es vertragsmäßig dann die
Räumung der besetzten Gebiete verlangen und auch mit einer außer-
ordentlichen Anstrengung sich wieder freie Bahn für seine ganze Wirtschaft
schaffen kann. Nicht zum mindesten auch Freiheit in seiner ganzen
Wirtschaftspolitik, die bis dahin nicht mehr allein von ihm, sondern
eben von den Kommissaren seiner Gläubiger mit bestimmt wird.
(Man beachte doch dies: Als man in Cannes von Ratzenau ver-
langte, daß der deutsche Reichsbank ein ausländischer „technischer
Berater“ beigegeben würde, da lehnte dieser Erfüllungspolitik ein
solches Ansuchen als Beeinträchtigung der deutschen Souveränität
schärfstens ab. Jetzt müssen wir eine größere Zahl solcher „Berater“
annehmen, und jetzt tut es der Reichsverband der Deutschen Industrie,
ohne Beschränkung!) Die deutschen Arbeitnehmer haben aber jetzt ein
besonderes Interesse daran, daß die Reparationen bald vom privaten
Kapitalmarkt übernommen und nur mehr in eine einfache Schuld
verwandelt werden, deren Zinsen nicht mehr durch besondere Ga-
rantien, sondern durch die allgemeine staatliche Finanzpolitik euf-
gebracht werden; denn vorläufig sieht das Sachverständigen-Gut-
achten für die Reparationslast vor allen Dingen schwere Belastungen
des Verbrauchs vor und es enthält eine indirekte nicht geringere
Gefahr, daß der Reallohn der deutschen Arbeiter durch die Zins-
politik, die von der Entente mitbestimmt wird, tief gehalten wird.
Und obendrein: Ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft hält
eine Ausbreitung der Gemeinwirtschaft für dringend erwünscht. Die
Verwandlung der Eisenbahn in eine Privatgesellschaft und ihre Be-
lastung mit privaten Obligationen liegt sicherlich nicht in dieser
Richtung, und die Verpflichtung der einzelnen privaten Unterneh-
mungen zur Obligationsschuld gegenüber der Entente begünstigt
bergleichen auch nicht. Auch das muß einmal deutlich gesagt werden.

Förderung des Arbeiterinnen-schutzes

Auf Veranlassung der Vertreter der sozialdemokratischen Frak-
tion des preussischen Landtags kamen kürzlich bei der Beratung der
Haushalte der Handels- und Gewerbeverwaltung und der Berg-,
Hütten- und Salinenverwaltung im Hauptauschuß auch Fragen
des Arbeiter- und Arbeiterinnen-schutzes zur Sprache. Hervorgehoben
wurde bei dieser Gelegenheit die Bedeutung der seit wenigen Jahren
bestehende Tätigkeit der Männer und Frauen im preussischen Ge-
werbeaufsichtsdienst, die aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen her-
vorgegangen sind.

Die Organisationen der Arbeiter und Angestellten haben um
die Heranziehung solcher Personen zur Gewerbe- und Handels-
aufsicht jahrelang gekämpft. Erst kurz vor Beendigung des Krieges
wurde die Notwendigkeit zur Erfüllung der Forderung anerkannt.
In Preußen sind zur Zeit 49 Personen aus Arbeiter- und An-
gestelltkreisen im Aufwandsdienst tätig.

Es war nicht leicht, die Absichten der gewerkschaftlichen Or-
ganisationen der Arbeiter und Angestellten in die Tat umzusetzen.
Auch heute noch bestehen in dieser Hinsicht mancherlei Hindernisse.
Neben dem mehr oder weniger offen geführten Kampf der aka-
demisch geschulten Kräfte der Gewerbe- und Handelsaufsicht gegen
die Arbeiter und Angestellten schaffen solche Hindernisse in hohem
Maße die materiellen Bedingungen, zu denen die zuletzt genannten
Kräfte ihren Dienst ausüben müssen.

Seit Jahren versuchen deshalb unsere Gewerkschaften, und ver-
sucht auch die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags
die Anstellungsbedingungen der „Hilfsbeamten der Gewerbeaufsicht“

zu verbessern. Entsprechende Anträge sind aber wiederholt ab-
gelehnt worden. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien be-
zweifeln stets auf das Sperrgesetz und sie berufen sich heute daneben
auch auf die Finanznot des Staates. Selbst gemeinsames Vorgehen
der Gewerkschaften aller Richtungen hat bisher noch keine wesent-
lichen Änderungen herbeiführen können.

Diesen Bemühungen sollte Nachdruck gegeben werden durch den
Hinweis auf die Bedeutung der Einrichtung, die keinen Wert hat,
wenn die Anstellungsbedingungen tüchtige Kräfte zum Austritt aus
der Beschäftigung veranlaßt (was schon vorgekommen ist), und durch
einen Antrag, der die Fertigstellung der jetzt längerer Zeit in Aus-
sicht gestellten Prüfungsvorschriften für die Eignung und Aufstiegsmö-
glichkeiten fordert. Der Antrag ist im Ausschuß angenommen
worden. Es wäre notwendig, daß die Gewerkschaftsvertreter der
andern Richtungen auf die ihnen nahestehenden Parteien einwirken,
damit ihre Vertreter im preussischen Landtag auch bei den Verhand-
lungen im Plenum für den Antrag stimmen und überhaupt der
Frage größeres Interesse entgegenbringen als bisher.

Der amtlichen Gewerbe- und Handelsaufsicht erwachsen immer
neue wichtige Aufgaben. Es seien hier nur die Aufgaben hervor-
gehoben, die die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 ihr
stellt. Nur tüchtige Kräfte sind diesen Aufgaben gewachsen. Solche
Kräfte verlangen neben andern annehmbaren Bedingungen aber
auch angemessene Bezahlung.

Der Arbeiterschutz ist eine sehr wichtige Angelegenheit. Er ver-
langt, daß die Regierung ihm größte Aufmerksamkeit widmen, und
er verdient ferner, daß die an ihm interessierten Personenteile alle
Kräfte anwenden, über die sie verfügen, um ihn zu fördern.

Weitere Bemühungen der Fraktionsvertreter der Sozialdemo-
kraten im Hauptauschuß des preussischen Landtags galten dem
Schutz der Heimarbeiterinnen gegen den in der gegenwärtigen Zeit
besonders blühenden Lohnbruch, und der Beschäftigung von Frauen
in bergbaulichen Betrieben.

Weibliche Arbeitskräfte werden in diesen Betrieben recht oft
mit Arbeiten beschäftigt, die nach § 154a der Gewerbeordnung für
Frauen verboten sind. Frauenarbeit dieser Art ist nach den Be-
richtern der Oberbergämter erlaubt worden, weil sich andre Arbeits-
kräfte für diese Arbeiten nicht fanden, und weil für viele Frauen
in jenen Gegenden andre Erwerbsmöglichkeiten nicht offen standen.
Es handelte sich zum Teil um Arbeiterinnen, die früher von ausländischen
Arbeitern verrichtet wurden, die auszuführen inländische Arbeiter
sich weigerten, weil sie ihnen zu schmutzig waren und als zu niedrig
galt.

Bei den Beratungen im Hauptauschuß des Landtags wurde
deshalb angeregt, für die Beschäftigung von Frauen in bergbau-
lichen Betrieben die Erfahrungen, die auf dem Gebiete des Arbeiter-
innen-schutzes über reiche Erfahrungen verfügende Abteilung der
Handels- und Gewerbeverwaltung nutzbar zu machen, in der seit
jetzt einem Jahre eine Frau als Regierungsrat tätig ist. Ein ent-
sprechender Antrag wurde angenommen.

Einstimmige Annahme fand ferner ein von den Sozialdemo-
kraten gestellter Antrag, der den Heimarbeiterinnen die Durch-
führung der Bestimmungen des Heimarbeiterlohngesetzes vom
30. Juni 1923 schaffen soll.

Das Gesetz überläßt es den Landesbehörden, die Bestimmung
zur Durchführung zu bringen, nach der die vorgelegenen Nach-
auschüsse die Entgelte für Heimarbeiter festsetzen können, falls diese
hinter den üblichen Arbeitslöhnen zurückbleiben. Bis vor kurzem
konnten die Organe der preussischen Gewerbeaufsicht, die mit der
Aufgabe betraut waren, aber aus Mangel an Mitteln auf diesem
Gebiete nichts wesentliches unternehmen. Nach dieser Richtung ist
nach den Erklärungen der Regierung jetzt eine erfreuliche Wendung
eingetreten. Es wird nun an den Vertretern der organisierten Ar-
beiterschaft liegen, die Hilfe der in Frage kommenden Behörden an-
zuerufen, wo sie aus eigener Kraft die Ausbeutung von Heimarbeiter-
innen nicht beseitigen können.

Die organisierte Arbeiterschaft darf sich darüber aber keiner
Täuschung hingeben, daß selbst die beste amtliche Tätigkeit auf dem
großen Gebiete des Arbeiter- und Angestellten-schutzes den Gewer-
kschaften der Aufgabe nicht enthebt, aus ihrerseits für den Schutz
von Leben und Gesundheit der auf Erwerbssuche angeworbenen
Männer und Frauen zu wirken, und daß allein schon zur Erfüllung
dieser Aufgabe leistungsfähige Gewerkschaften eine Notwendigkeit
sind.
Gertud Hanna.

Jaurès und die Gewerkschaften.

(Zur 10. Wiederkehr des Tages seiner Ermordung.)

Als der Krieg vor nunmehr 10 Jahren begann, da verlangte
der rohe imperialistische Militarismus als erstes Opfer den großen
französischen Arbeiterführer Jean Jaurès, und wir können darum
in diesen Tagen ersten Gedankens das heilige Gelübde: „Nie wie-
der Krieg!“, das uns kürzlich noch der Internationale Gewerkschafts-
kongress in Wien aufgab, nicht ablegen ohne den starken Entschluß:
Statt des Krieges aufwärts zur Menschheit im Geiste jenes Großen,
der als erstes Opfer fiel.

Jaurès war eine Persönlichkeit, in der sich ein praktischer Kampf
um das proletarische Recht in schönster Harmonie verband mit einem
reinen idealistischen Glauben. Und in diesem seinem Kampfe um
das proletarische Recht war ihm auch der gewerkschaftliche
Kampf ein wesentlicher Faktor. An der Gewerkschaft, ihrer
Entwicklung, ihrer Stärke sieht man, so sagte Jaurès, wie weit sich
die proletarische Macht bereits verwirklicht hat. Die Gewerkschaften
stellen nach Jaurès den Entwicklungsgrad der proletarischen Be-
wegung und der proletarischen Kraft dar. Sie bedeuten „eine wach-
sende wirtschaftliche Macht“ im proletarischen Befreiungskampfe um
die Gerechtigkeit.

Wie seinem großen Streben, so war auch seiner gewerkschaftlichen
Aufassung der augenblickliche materielle Erfolg nicht die alleinige
Aufgabe des Gewerkschaftskampfes. Gewiß sollten die Gewerkschaften
das augenblickliche wirtschaftliche Los des Proletariats ver-
bessern, doch sollten sie zugleich gegen den Kapitalismus zum Zwecke
einer neuen kommenden Gerechtigkeit kämpfen. Ein hohes sittliches
Ideal des Zusammenlebens war ihm auch des gewerkschaftlichen
Kampfes letzter Sinn, die Welt der brüderlichen Gerechtigkeit. An
sie glaubte er mit seiner ganzen Seele, und diesen Glauben an die
Gerechtigkeit und die Erziehung zu diesem Glauben an das Ideal
hielt er für ein notwendiges Stützglied proletarischer Aufklärungs- und
Kampfarbeit.

„Man glaube nur nicht, daß es kindisch und nutzlos sei,“ so
schreibt er, „sich auf die Gerechtigkeit zu berufen, daß sie ein ganz
metaphysischer und unendlich dehnbarer Begriff sei, und daß jede
Tyrannei sich den Mantel nach ihrem Belieben aus diesem banalen
Purpur zurechtgeschnitten habe. Das ist keineswegs der Fall. In
der modernen Gesellschaft erhält das Wort Gerechtigkeit einen immer
klarer, umfassenderen Sinn. Es besagt, daß in jedem Menschen,
in jedem Individuum die Menschheit respektiert, das volle Menschen-
tum möglichst entwickelt werden muß. Es gibt aber nur da wahre
Menschenwürde, wo Unabhängigkeit herrscht, tätiger Wille, freie und
freundliche Anpassung des Individuums an das Ganze.“

Aus dieser seiner Persönlichkeit heraus umgab er alle Aufgaben
des proletarischen Kampfes mit Geist und Seele als einem wesent-
lichen Stütz des Erfolges, und vor allem verlangte er von einer
solch gewaltigen proletarischen Kraftprobe wie dem Generalkrieg,
daß sich die Arbeiterklasse für das Ziel, um das der Generalkrieg
gehen soll, „wirklich und mächtig begeistere“. Und der Generalkrieg
beim Rapp-Bußsch hat uns ja gelehrt, was ein geschlossenes Proletar-
tariat zu leisten vermag, wenn es weiß, daß es um Großes geht.

Und weil Jaurès die Aufgabe der Gewerkschaften nicht nur in
der Erfüllung von Augenblicksfordernungen sah, sondern weil er die
Gewerkschaften für wesentlich zur Erreichung des letzten proletari-
schen Endziels hielt, darum dachte er ihnen auch in der kommenden
Umgestaltung der Gesellschaft große Aufgaben zu. Proletarischer
Kampf war ihm in jedem Falle undenkbar ohne eine geschlossene ge-
werkschaftliche Front, und immer wieder leuchtete ihm hinter all

diesen gewerkschaftlichen Kämpfen als reinster Sinn des ganzen pro-
letarischen Ringens heraus das Ideal der Freiheit und Brüderlich-
keit und Gerechtigkeit und der Freude.

Wenn der Krieg uns auch so manches geraubt und zerstört hat,
und wenn er uns auch als erstes Opfer unseren Jean Jaurès ge-
nommen: nicht der Mensch ist, sondern die Idee. Und wenn sie
vorhanden, dann ist auch das Wesentliche des Menschen da.

Gerade durch unsere Zeit geht ein großes Suchen nach Lebens-
inhalt und nach einem kulturellen Sinne des Daseins. Er liegt
nicht außerhalb unseres Kampfes. Unser Kampf ist das befreiende
Gefühl unserer Seele, wenn wir nur wissen, um was es geht. Drum
weg mit aller Zersahrenheit und weg mit Müdigkeit und mit Klein-
mut! Der sittliche Sinn unseres Kampfes ist zugleich der Kultursinn
der Menschheit. Das war Jaurès Auffassung von proletarischer
Menschheitskultur, die zu der unseren zu machen die große Welt-
stunde erheischt.

Drei Minuten Gehör will ich von euch, die ihr arbeitet —!

Von T. Tiger.

Von euch, die ihr den Hammer schwingt,
von euch, die ihr auf Krüden hinkt,
von euch, die ihr die Feder führt,
von euch, die ihr die Kessel schürt;
von euch, die mit den treuen Händen
dem Manne ihre Liebe spenden —
von euch, den Jungen und den Alten —:
Ihr sollt drei Minuten innehalten.
Wir sind ja nicht unter Kriegsgewinnern,
wir wollen uns einmal erinnern.

Die erste Minute gehöre dem Mann.
Wer trat vor zehn Jahren in Feldgrau an?
Zu Hause die Kinder. — Zu Hause weint Mutter.
Ihr feldgraues Kanonensfutter —!
Ihr jagt in den lehmigen Adergataben.
Da jahrt ihr keinen Fürstentkaben:
Der soll sich einen in der Etappe
und ging mit den Damen in die Klappe.
Ihr wurdet geschliffen. Ihr wurdet gedrückt.
Wart ihr noch Gottes Ebenbild?
In der Kaserne — im Schilderhaus —
wart ihr niedriger als die schmutzigste Laus.
Der Offizier war eine Perle.
Aber ihr wart nur „Kerle“!

Ein elender Schiefler und Griffl-Automat.
„Sie Schwein! Hände an die Hofenacht!“
Verwundete mochten sich krümmen und biegen:
Aam ein Prinz, dann hatten sie stramm zu liegen.
Und noch im Massengrab wart ihr die Schweine:
Die Offiziere lagen alleine!
Ihr wart des Todes billige Ware...
So ging das vier lange blutige Jahre.
Erinnert ihr euch —?

Die zweite Minute gehöre der Frau.
Wem wurden zu Hause die Haare grau?
Wer schreie, wenn der Tag vorbei,
in den Nächten auf mit einem Schrei:

Wer ist es vier Jahre hindurch gewesen,
der anstand in langen Kolonaden,
indessen Prinzen und ihre Gatten
alles, alles, alles hatten —?
Wem schrieben sie einen kurzen Brief,
daß wieder einer in Flandern schlief?
Dazu ein Formular mit zwei Zetteln...
Wer mußte hiezu die Renten betteln?
Tränen und Krämpfe und wildes Schreien.
Er hatte Ruhe. Ihr wart allein.
Der sie schickten ihn, hintend am Knüppel,
auch in die Arme jurist als Krüppel.
So sah sie aus, die wunderbare
große Zeit — vier lange Jahre — —
Erinnert ihr euch —?

Die dritte Minute gehöre den Jungen!
Euch haben sie nicht in die Fäden gezwungen!
Ihr wart noch frei! Ihr seid heute frei!
Sorgt dafür, daß es immer so sei!
An euch hängt die Hoffnung, An euch das Vertrauen
von Millionen deutschen Männern und Frauen.
Ihr sollt nicht strammstehen. Ihr sollt nicht blenden!
Ihr sollt frei sein! Zeigt es ihnen!
Und wenn sie euch kommen, und drohn mit Pistolen!
Geht nicht! Sie sollen euch erst mal holen!
Keine Wehrpflicht! Keine Soldaten!
Keine Monatel-Potenaten!
Keine Orden! Keine Spaliere!
Keine Reserveoffiziere!
Ihr seid die Zukunft! Euer das Land!
Schüttelt es ab — das Knechtschaftsband —!
Und zum Schluß von den drei Minuten:
Denk! aller deren, die damals bluten,
bluten mußten und elend sterben
und elend in fremdem Lande verderben.
Ein Gruß an die toten Kameraden!
Ein Gruß den Opfern der Kriegssparaden!
Ein Gruß an die da draußen in Flandern,
in Polen, in Frankreich und alle die andern!
Denkmäler — Tafeln — das ist nichts.
Wir geloben am Tage des Gerichts:
Die Kameraden aus allen Heeren —
Die Toten wollen wir anders ehren!
Wir alle wollen — heute und morgen —
für Frieden — für ewigen Frieden sorgen!
Das sei unser Kampf. Das sei unser Sieg.
Ich rufe für euch: Nie wieder Krieg!

Kriegsprüfung.

Wenn ich jetzt die Nationen im Kriege gegeneinander begriffen
sehe, so ist es, als ob ich zwei besoffene Kerle sähe, die sich in einem
Borjellanladen mit Knüppeln herumschlagen. Denn nicht genug,
daß sie an den Beulen, die sie sich wechselseitig verabreichen, lange
zu heilen haben, so müssen sie hinterher auch noch all den Schäden
begehren, den sie anrichten.
H u m e r

Der Krieg predigt, ist des Teufels Feldpater.
Krieg macht einen reich und zehn arm.

Die Koalitionsfreiheit der Gewerkschaften.

Auf dem in Genf tagenden Kongress des Internationalen Arbeitssamtes hat der japanische Arbeitervertreter die Frage des Koalitionsrechts der außereuropäischen Arbeiterschaft der Aufmerksamkeit des Arbeitssamtes empfohlen. Er meinte, daß die Fragen der gewerkschaftlichen Freiheitsrechte für die europäischen Länder, wo diese bereits seit langem bestehen, keine Bedeutung mehr haben, während die asiatischen Völker noch um dieselben kämpfen müssen. In diesen sind die Probleme der Koalitionsfreiheit selbst für die europäischen Staaten, vor allem aber in Amerika, bei weitem noch nicht endgültig gelöst. In vielen Staaten bestehen mannigfaltige Einschränkungen, wie überhaupt die Regelung der gewerkschaftlichen Freiheiten in den verschiedenen Ländern ein buntes Bild darbietet. Das Internationale Arbeitssamt wurde im Herbst letzten Jahres beauftragt, über die gegenwärtige Lage der gewerkschaftlichen Koalitionsfreiheit Bericht zu erstatten. Die im Aprilheft der „Revue Internationale du Travail“ aus der Feder des seither verstorbenen Sozialpolitikers Jean Nicod erscheinende „Einführung in das Studium der Koalitionsfreiheit“ (Liberté syndicale) bietet eine sehr gute Zusammenfassung des bestehenden Rechtszustandes. Es wird dort insbesondere das Verhältnis der Gewerkschaften zur Staatsmacht, die Rechtslage in bezug auf die Mitglieder und die Gewerkschaftsdisziplin, endlich die Umgrenzung des Wirkungsbereiches der Gewerkschaften mit Rücksicht auf ihre Berufsinteressen behandelt. Die Gründung einer Gewerkschaft erfolgt in manchen Ländern ohne Formalitäten, in anderen auf Grund einer Anmeldung, in weiteren aber nur nach behördlicher Genehmigung. In diese letzte Kategorie gehören Estland, Litauen und Ungarn, in den beiden ersteren sind jedoch Garantien gegen eine willkürliche Verhinderung geboten. In Ungarn besteht dagegen keine Garantie, ja dort können lokale Sektionen der Gewerkschaften nur gegründet werden, wenn ihr Bestehen durch die Lokalbehörde als im „öffentlichen Interesse stehend“ bezeichnet wird. In einigen Ländern erfolgt eine nachträgliche Prüfung der Gewerkschaftsgründungen. Die Gewerkschaften müssen verschiedene Listen einreichen, so in Griechenland, Norwegen, Spanien und Ungarn. Die nicht-öffentlichen Versammlungen der Gewerkschaften sind überall frei und ohne Kontrolle erlaubt, mit Ausnahme Ungarns, wo eine jede — auch private — Zusammenkunft vorher angemeldet werden muß. Sie kann verboten werden, außerdem müssen die Vertreter der Behörde Zutritt erhalten. Bei öffentlichen Versammlungen hat die Behörde Zutritt auch in Deutschland, Dänemark, Frankreich usw., ohne jedoch das Recht der Einmischung zu haben. Was die Auflösung der Gewerkschaften anbelangt, so können diese in Ungarn aufgelöst werden, wenn „es das öffentliche Interesse verlangt“, in der Schweiz nur im Fall schwerster und grundsätzlicher Verstöße gegen das allgemeine Recht, in Frankreich, Griechenland und Rumänien im Fall der Verletzung der Gesetze über die Gewerkschaften. Die Auflösung kann nur durch das Gericht ausgesprochen werden, wieder mit Ausnahme Ungarns, wo die Verwaltungsbehörden darüber entscheiden.

In bezug auf die Freiheit des Beitritts zu einer Gewerkschaft bestehen die Fragen: Kann der Unternehmer seine Arbeiter vertraglich vom Beitritt zu einer Gewerkschaft ausschließen? Kann er sie deshalb entlassen? Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten vertritt diesen Standpunkt, durch welchen das Recht des privaten Vertrages über das Recht zur Koalition gestellt wird. In gewissen Grenzen folgt auch die Schweiz dieser Auffassung; auch wird in England und Holland der Privatvertrag gewissermaßen über die Koalitionsfreiheit gestellt. In Frankreich ist die Rechtspraxis schwankend, sie ist trotzdem überwiegend für die Koalitionsfreiheit. Das belgische Gesetz von 1921 verbietet dagegen dem Unternehmer, den Beitritt des Arbeiters zur Organisation zu verhindern. Ähnliche Verfügungen sind auch in Deutschland, Griechenland, Japan, Rumänien und der Tschechoslowakei in Geltung. Auf der anderen Seite trägt es sich, ob die Gewerkschaft Arbeiter zum Eintritt in die Organisation zwingen kann, bzw. den Unternehmer zur Entlassung der Nichtorganisierten durch Strafdrohungen veranlassen darf. In England scheint es erlaubt zu sein, auch in einigen Gliedstaaten der Vereinigten Staaten. In den meisten Staaten ist dies aber gesetzlich verboten, so in Belgien, Griechenland und Rumänien. In Belgien kann jedoch die Gewerkschaft die Anstellung Nichtorganisierten bekämpfen, wenn es sich um wichtige Berufsinteressen, zum Beispiel um die Verhinderung des Lohnbruchs usw. handelt. Wichtig ist die Rechtspraxis in Frankreich, wo die Frage durch das Gesetz nicht geregelt wird. In der Tschechoslowakei dürfen die Gewerkschaften wegen der Entlassung der Nichtorganisierten einen Streik führen, falls dabei keine nationalen, konfessionellen oder politischen Beweggründe mitspielen.

In bezug auf die Geldbußen und Aussperrungen der Gewerkschaftsmitglieder sind die Gesetzgebungen ebenfalls sehr verschieden. Die diesbezüglichen Verbote der früheren Zeiten sind jetzt wieder abgeschafft. Oft wird die Höhe der aufzuerlegenden Bußen begrenzt. In manchen Ländern können die Gerichte die Ausschließung eines Gewerkschaftsmitgliedes verhindern, so in Frankreich, Rumänien, unter Umständen auch in der Schweiz.

Die Zusammenlegung und die Befugnisse der Gewerkschaften sind in den verschiedenen Ländern auch aus dem Gesichtspunkt der Berufsvertretung verschieden geregelt. Gehört der Arbeitslose bzw. der wegen eines Arbeitskonfliktes Unbeschäftigte noch zum Beruf? In Griechenland und Jugoslawien scheiden diese Arbeiter von der Gewerkschaft auf Grund des Gesetzes aus. In anderen Ländern, wie Frankreich, Brasilien, dürfen sie nur Gewerkschaftsmitglieder bleiben, wenn sie längere Zeit im Beruf tätig waren. In Belgien darf ein Viertel der Gewerkschaftsmitglieder anderen Berufen angehören. Die Rechtslage der Gewerkschaftsbünde, das heißt der zentralen Vereinigung der Berufsverbände, wird ebenfalls verschieden beurteilt. Die neueren Gesetze sichern diesen in der Regel die gleichen Rechte wie den Berufsorganisationen zu. — In einigen Ländern dürfen die Gewerkschaften bei Strafe der Auflösung nur Fragen behandeln, die rein ihre Berufsinteressen betreffen, wie Fürsorge, Fachbildung usw. Dies gilt für Brasilien, Frankreich, Ungarn, Polen, Rumänien und Jugoslawien, also für Länder mit einer reaktionären Gesetzgebung. (Brasilien hat inzwischen ein neues Arbeitsrecht geschaffen. Auch wird die neue französische Regierung voraussichtlich ein modernes Gewerkschaftsgesetz schaffen.) In England müssen die anerkannten Gewerkschaften hauptsächlich berufliche Interessen vertreten. Für politische Zwecke dürfen die Mitglieder nur mit ihrer Zustimmung finanziell herangezogen werden. In Ungarn ist es den Arbeitergewerkschaften verboten, Streikunterstützungen zu verteilen. In Griechenland kann ein Streik nur durch geheime Abstimmung beschlossen werden. Gewerkschaften, die sich durch Statuten verpflichten, die Austragung der Arbeitskonflikte durch Verhandlungen zu versuchen, werden in Belgien und Brasilien besondere Vorteile zu gebilligt.

Die internationale Vereinheitlichung der Rechtslage in bezug auf Koalitionsfreiheit wäre äußerst erwünscht. Auf diese Weise könnte eine Anzahl reaktionärer Hemmungen der Koalitionsfreiheit ausgeschaltet werden.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unser Lohnkampf. Streik (Steingewinnung und Steinbearbeitung): Im gesamten schlesischen Sandsteinbezirk; in Koblenz und in Mainz (Steinmehlen); in Berlin bei der Firma Wolf, Plasterarbeiter ausgesperrt; in Mellensbach (Plasterstein- und Schotterarbeiter).

Gesperrt. (Sperr-Notizen werden nur wiederholt, wenn der Schriftleitung, wöchentl. bis Sonnabends, entsprechende Mitteilung von der Zahlstelle zugeht.)

Zugang ist ferngehalten: Außer den Orten unter Streik und Sperr von den Steinbrüchen bei Bochum, von Frankfurt am Main (Steinarbeiter aller Branchen).

Die fälligen Abrechnungsformulare vom 2. Vierteljahr lassen diesmal wieder sehr auf sich warten. Der Endtermin der Einzahlung an die Hauptkasse war der 15. Juli! Nun sind bereits zwei weitere Wochen verstrichen und fast die Hälfte der Zahlstellen des Verbandes hat noch nicht abgerechnet. Die örtlichen Kassierer haben bekanntlich keine leichte Tätigkeit, aber doch muß es möglich sein, die Abrechnung pünktlicher zu liefern. Auch jene Ortskassierer, die immer pünktlich und ordnungsgemäß ihre Zusammenstellung einreichen, haben dieselben Schwierigkeiten in ihrer Kassen-Geschäftsführung zu überwinden wie die Kassierer, die mit ihren Abrechnungen noch fehlen und fortwährend gemahnt werden müssen. Entschuldigungen und Hinweise auf läumliche Zahlen in der Zahlstelle und auf lässige Abrechnung der Plazkassierer können nicht gelten. Die Abrechnungen müssen in solchen Fällen ohne Berücksichtigung der rückständigen Beiträge zusammengestellt werden. Wenn nun alle örtlichen Kassierer auf die rückständigen Beitragszahler warten wollen, dann würde nach den vorliegenden Erfahrungen jede geregelte Buch- und Kassenführung in den Zahlstellen und im Gesamtverband durch die Hauptkasse unmöglich gemacht. Das darf natürlich nicht sein!

Organisation bedeutet nicht nur Mitgliedschaft des einzelnen, sondern heißt vor allem auch Ordnung in jedem, was mit ihr zusammenhängt. Für einen Ortskassierer ist es wohl immer unangenehm, wenn seine Zahlstelle öffentlich in unserer Zeitschrift gemahnt werden muß. Unangenehm wird eine solche öffentliche Mahnung auch besonders den örtlichen Revisoren sein, schließlich der gesamten örtlichen Zahlstellenverwaltung und letzten Endes natürlich auch den Mitgliedern am Ort. Mit dem Veröffentlichung solcher Zahlstellen hat die Hauptkasse bisher auch möglichst zurückgehalten, schon deshalb, weil sie die Schwierigkeiten wohl zu würdigen weiß. Doch ganz umgehen läßt es sich schließlich nicht. Vielleicht veranlassen diese paar Zeilen, daß Revisoren und Mitglieder sich nunmehr besser darum kümmern, ob die örtliche Abrechnungs-Unterlagen werden dringend benötigt zur bevorstehenden Beiratskonferenz im August, deshalb werden in einer der nächsten Nummern des „Steinarbeiter“ die ausstehenden Zahlstellen veröffentlicht.

Die Steinsammlung im Hauptbureau. Allen Kollegen, die vor 1920 Leipzig berührt und dabei auch der sogenannten Steinarbeiter-„Sternwarte“ (Hauptbureau) einen Besuch abstatteten, fiel immer die damalige Steinsammlung auf. Nicht selten gingen dann die Kollegen fort mit dem Gelübde, zur weiteren Vervollständigung der Sammlung beizutragen und sie haben in den meisten Fällen sich auch dementsprechend betätigt. Diese Sammlung wurde bekanntlich durch den Volksausbruch total vernichtet. Wir sind uns bewußt, eine solche so leicht nicht wieder zusammenzubekommen, denn die teils recht kostbaren Steine aus aller Herren Länder wurden damals unter großen persönlichen Opfern des verstorbenen Kollegen Alois Staudinger gesammelt.

Versteinerungen (Petrefakten) aller Art, Minerale der verschiedensten Gattung und Periode, Gesteine vom Urprodukt bis zum chemischen Fertigfabrikat, technische Gesteine, die sogenannten Hart- und Weichgesteine mit all ihren abweichenden Sonderarten waren vertreten. Diese umfangreiche Sammlung bereitete, abgesehen vom geologischen, sondern auch vom beruflichen Standpunkt aus eingeschätzt, jedem Kollegen eine Freude. Die Gesteinsammlung ermöglichte den Gesamtüberblick über die Vielgestaltigkeit der Gesteins-Bodenschätze und einen Einblick in die unterschiedliche Verwendung. Sei es als Schmutz oder für den praktischen Gebrauch aus dem Gebiete des Bauwesens, der Denkmäler, der Innenarchitektur, der Kunst- und Gebrauchsgegenstände oder als Ausstattungsstück.

Den technischen Teil der Sammlung müssen wir unbedingt wieder schaffen und können es auch, wenn die interessierten Kollegen mithelfen. Die Schriftleitung des „Steinarbeiter“ hat schon mehr als einmal den Anlauf zur Vervollständigung der neuangelegten Sammlung unternommen, wohl haben einzelne Kollegen, und dankenswerterweise auch einzelne Firmen, geholfen, den Grundstock zu legen, aber es fehlt noch viel. Vor allen Dingen stehen noch die versprochenen Steine aus, gelegentlich der Frühjahrsversammlungen. Vielleicht veranlaßt dieser kurze Hinweis, daß nunmehr die Absendung erfolgt. Die eventuellen Postkosten wird aus Allgemeininteresse die Zahlstelle fraglos tragen können. Schließlich übernimmt, wenn es letzten Endes daran hängt, auch die Hauptkasse die Kosten. Datum Kollegen, tragt zur Vervollständigung untrer Gesteins-Sammlung bei

Steinarbeiter.

Bremen. Bezirkskonferenz für das Ems-, Weser- und linke Elbegebiet, Gau Nordwest, am 29. Juni, morgens 10 Uhr. Die Tagesordnung der Konferenz war folgende: Bericht des Gauleiters, Aussprache über den Bericht, Verbands- und berufliche Angelegenheiten. Zur Leitung der Konferenz wurden als Vorsitzende die Kollegen J. Osterloh-Bremen und K. Neumann-Hamburg, als Schriftführer J. Bohlmann-Burgheude und S. Schröder-Wilhelmshaven gewählt. Eingangs seiner Ausführungen betonte der Gauleiter A. Gökemeyer, daß einige Zahlstellen eine Gaukonferenz beantragt hätten, hieron mußte aber Abstand genommen werden, weil eine Anzahl Zahlstellen die Kosten hierfür nicht aufbringen können. Deshalb finden im Gau Bezirkskonferenzen statt. Die überwiegende Tätigkeit des Gauleiters erstreckte sich auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Mit Einführung einer festen Währung mußte für die einzelnen Bezirke und Fachgruppen eine selbständige Lohnregelung angestrebt werden. Leider war hierin die Unterstützung durch einige Zahlstellen nicht genügend. In den Bezirken und Orten, wo die Lohnregelung eine selbständige war, ist mehr erreicht worden, als wenn sich die Lohnregelung noch nach der des Baugewerbes richtet, wozu wir durch die Schiedsprüch der Schlichtungsausschüsse und den sonstigen Verhältnissen während der Inflation gezwungen wurden. — Mit wenigen Ausnahmen ist in allen Fachgruppen und Orten ein Stundenlohn erzielt worden, der bis zu 20 Pf. über den Friedenslohn steht. Die Kollegen verdienen in acht Stunden denselben Lohn, wie früher in 9 und 10 Stunden. Aber in der Kaufkraft ist der Friedenslohn noch nicht erreicht. Außerdem ist leider zu verzeichnen, daß es Kollegen gibt, die sich mit einer achtstündigen Arbeit nicht begnügen und dadurch eine weitere Erhöhung des Lohnes sehr erschweren. — Neu abgeschlossen wurde ein Tarifvertrag für die Steinseher und Berufsgenossen, die bei der Hamburger Straßenbahn beschäftigt sind. Hier erhalten die Kollegen, die ständig beschäftigt sind, jetzt den Tariflohn der Kollegen im Privatbetrieb abzüglich 10 Prozent für die Fahrkarte auf der Hoch- und Straßenbahn, längeren Urlaub (10 Tage), 80 Prozent des Lohnes während der Krankheit usw. Ferner wurde für diese Kollegen der Achttageslohn, wöchentlich 47½ Stunden, vereinbart, wogegen für die übrigen Handwerker und Arbeiter der Neunstundentag besteht. Für die Steinseher usw. in Wilhelmshaven wurde durch Streik ein Bezirkstarif abgeschlossen. Für die Steinmehlen in Osnabrück, in Lübeck-Gutin-Rageburg-Mölln und für Lüneburg, für die Marmorarbeiter in Bargh i. M. Für die beiden Schotterwerke in Meddenburg, Feldeberg und Rethwisch, ist der bestehende Vertrag verlängert, jedoch wird hier eine Minderung der bestehenden Tarife erfolgen müssen, da der Reichstarif endgültig abgeschlossen ist, und vor allen Dingen deshalb, weil der Arbeitsprozeß sich wesentlich geändert hat, und wird jetzt der Abfall, hauptsächlich zu Baustoffen im Straßenbaugewerbe, verarbeitet. In Hensburg konnte für die Steinmehlen usw. kein Tarif abgeschlossen werden, da hier die Kollegen größtenteils vollständig interesselos dem Steinarbeiterverband gegenüberstehen, obgleich einige Steinmehler und auch die Steinseher sich Mühe gegeben haben, die fernstehenden der Organisation zuzuführen. Leider schenken diese Kollegen ihren Meistern mehr Glauben wie der Organisation, dafür dürfen sie auch

für einen Stundenlohn von 65 Pf., also 12 Pf. unter dem Lohn bei Bauhandwerker arbeiten, obgleich in den übrigen Bezirken, mit Ausnahme von Osnabrück und Borsommern, die Steinmehlen überall einen höheren Stundenlohn haben wie die Maurer. — Die Agitation konnte, Grund der vielen Lohn- und Tarifverhandlungen, nicht so durch die Gauleitung betrieben werden, wie es wohl notwendig gewesen wäre. Sobald die Verhandlungen etwas weniger werden, muß besonders im Regierungsbezirk Osnabrück unter den Berufscollegen in den Steinbrüchen, den Steinsehern usw. in einigen Bezirken unter den Steinblägern im Straßenbaugewerbe durch die Gauleitung die Agitation einsehen. Genaue Angaben über die Mitgliederbewegung konnten leider nicht gemacht werden, weil einige Zahlstellen weder den verlangten Fragebogen, noch den Ausweis über die Abrechnung vom 1. Quartal eingekandt haben. Der Gauleiter war an 122 Tagen unterwegs, und hat an 75 Tarif- und Lohnverhandlungen, 45 Sitzungen und Konferenzen, 53 Versammlungen und an 8 Versammlungen bzw. Besprechungen für Agitation teilgenommen. Versandt wurden 797 Briefe, 171 Kart. n und 1151 Druckfachen und Geschäftspapiere. — An diesen Bericht schloß sich eine sehr rege und sachliche Aussprache, woran sich die Kollegen Beggang, Mildner, Neumann aus Hamburg, Käsebitter, Woltemade, Töbelman, Osterloh aus Bremen, Schneider-Odenburg, Schröder-Wilhelmshaven, Petershagen-Delmenhorst, Meyer-Harburg beteiligten. Diese Kollegen unterstützten und erweiterten die Ausführungen des Gauleiters durch die Schilderungen aus den einzelnen Zahlstellen und Fachgruppen und betonten, daß die Zahlstellen für die Zukunft bestrebt sein müßten, möglichst eine selbständige Tarif- und Lohnpolitik zu betreiben. Die größeren Orte müßten bestrebt sein, möglichst ihre Angelegenheiten ohne den Gauleiter zu regeln, damit die kleinen Städte und das Landgebiet besser bearbeitet werden können, da die Kollegen aus den ländlichen Bezirken sich sehr schlecht an geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen gewöhnen, teils aus Unkenntnis, aber auch aus Egoismus. Kollege Kahlbeder schilderte die traurigen Organisationsverhältnisse im gesamten Osnabrücker Bezirk in allen Fachgruppen, besonders aber im Straßenbaugewerbe und in den dortigen Bruchgebieten. Sobald es die Verhältnisse zulassen, muß die Gauleitung eine rege Agitation in den Osnabrücker, Lengericher und Ibbenbürener Bruchgebieten entfalten. Kollege Rippe aus Uelzen erucht die Delegierten, nicht nur die ländlichen Kollegen für die Mißstände in den Berufen verantwortlich zu machen. Die Agitation ist nicht so leicht wie in der Stadt, da die Kollegen zerstreut in den einzelnen Kreisen wohnen und auch arbeiten, und wenn diese Kollegen in der Stadt arbeiten, dann würde den Kollegen nicht immer die Aufklärung zuteil, wozu die städtischen Kollegen verpflichtet sind. Andererseits müßte auch festgestellt werden, daß ein Teil der städtischen Kollegen, wenn sie auf dem flachen Lande arbeiten ausführen, oft die so viel gepriesene gewerkschaftliche Erziehung vergessen. Helfen könne hier nur eine gründliche Aufklärung von beiden Seiten. Zu diesem Punkt der Tagesordnung wurde ein Antrag vom Kollegen Schneider-Odenburg angenommen, der bejagt, daß die Zahlstellen bei Lohn- und Tarifbewegung verpflichtet sind, sich nach den Verhältnissen in den umliegenden Zahlstellen zu erkundigen, und wenn eine Zahlstelle Auskunft verlangt, daß dann auch eine erschoßpende Antwort erfolgt. Zum mindestens müßte aber dem Gauleiter über alle Vorformalitäten Bericht gegeben werden, damit er das notwendige Material zur Stelle hat. — Unter Verbandsangelegenheiten nahm die erfolgte Verschmelzung einen sehr breiten Raum ein. Festgestellt wurde, daß mit Ausnahme von Hamburg der Zusammenschluß ein geschlossener war, und die Zusammenarbeit eine gute ist. Scharfe Kritik wurde an dem Verhalten des früheren Gauleiters Rippe und an den Zerplitterungsversuchen des Baugewerksbundes geübt. Hervorgehoben wurde, wenn schon die Kommunistische Partei, auf Grund ihrer Einstellung zu den Gewerkschaften, die Gewerkschaften bekämpft, so könne man dieses verstehen. Von einer freien Gewerkschaft muß man aber verlangen, daß diese den Beschluß einer Bruderorganisation, der durch Urabstimmung mit überwiegender Majorität erfolgt ist, unbedingt beachtet, und nicht noch einen Angestellten von den Steinsehern übernimmt, damit dieser noch systematisch die Zerplitterung unter den Steinlegern und Berufsgenossen weiter betreiben kann. Dieses ist das niederträchtigste, was sich von einer freien Gewerkschaft denken läßt. Hierzu wurde nachstehender Antrag von Schneider-Odenburg angenommen: „Die Zentrale des Steinarbeiterverbandes wird beauftragt, beim ADGB, dahin vorzulegen zu werden, damit durch Beschluß der höchsten Instanz der freien Gewerkschaften es dem Baugewerksbund unterlagert wird, daß er die Zerplitterung unter den Steinlegern und Berufsgenossen im Besonderen, und unter den gesamten Berufsangehörigen der Natursteinindustrie einzustellen hat.“

Eine längere Aussprache erfolgte über die bestehenden bzw. über die Wiedereinführung der gesamten Unterstühtungen im Verbands. Ein Teil der Delegierten wünscht, daß die Streik- und Sterbeunterstützung besser ausgebaut und erhöht werden. Die Sterbeunterstützung so wie im früheren Steinseherverband. Neu eingeführt müßte dann zum mindesten die Reiseunterstützung werden. Eine weitere Vermehrung dürfte in diesem Jahre noch nicht möglich sein, da alle Verbände finanziell von neuem ausgebaut werden müßten. Einige Delegierte sind der Ansicht, es müßten die gesamten Unterstühtungseinrichtungen wieder eingeführt werden, wenn die Mitglieder einen vollen Beitrag zahlen sollen. Die Aussprache hierüber wurde durch die Annahme des Antrages Töbelmann-Bremen beendet: „Die Konferenz beantragt beim Verbandsbeirat, daß die früher bestanden Unterstühtungseinrichtungen möglichst mit Beginn des 4. Quartals wieder eingeführt werden. Wenn dieses finanziell nicht möglich sein sollte, so müßte dann aber zum mindesten zum 1. September 1924 eine Reiseunterstützung neu eingeführt und die Streik- und Sterbeunterstützung erhöht werden. Gleichzeitig erkennt die Konferenz an, wenn die sämtlichen Unterstühtungen wieder in Kraft gesetzt werden sollen, daß dann auch die Zahlstellen dafür Sorge tragen müssen, daß die ausgeschriebenen Extramarken und ein Stundenlohn als Wochenbeitrag zu zahlen ist.“ — Ferner wurde noch ein Antrag der Zahlstelle Bremen angenommen, der bejagt, daß die Zentrale den Mitgliedern, wie früher, den „Steinarbeiter“ unentgeltlich wieder zustellen soll. Kollege Mildner-Hamburg ist mit der Schreibweise des Redakteurs nicht einverstanden, und bejagt, daß der Bericht von der Versammlung in Hamburg, in der der Kollege Siebold gesprochen hat, nicht mit den tatsächlichen gemachten Ausführungen der Oppositionsredner übereinstimme. Kollege Neumann erklärt, daß die Konferenz sich mit dieser Angelegenheit nicht zu beschäftigen habe, sondern die betreffenden Kollegen hätten eine Berichtigung an den „Steinarbeiter“ einleiten müssen. Es wurden dann noch 2 Anträge von der Zentrale Bremen gestellt, die dem Zentralvorstand zur weiteren Erledigung überwiesen wurden:

1. Der Zentralvorstand möge dahin wirken, daß die Berufskrankheiten der Steinmehlen als Unfall gerechnet wird.

2. Durch eine Eingabe an den Reichstag dahin zu wirken, daß der Siebenstundentag für die Sandsteinmehlen gesetzlich zur Einführung kommt.

Zum Schluß richtete der Kollege Neumann das Ersuchen an die Delegierten, in ihren Zahlstellen auch die gesagten Beschlüsse und Anregungen zur Durchführung zu bringen und sich vor allen Dingen recht rege am Ausbau des gesamten Verbandes zu beteiligen, dann hätte die sachlich und antegende Konferenz auch ihren Zweck erfüllt.

Anwesend waren 21 Delegierte, nicht vertreten waren die Zahlstellen Berden, Hambergen, Lehe-Geestmünde, Urich und Norden.

Steinseher und Plasterer.

Groß-Hamburg. Am 12. Juli fand im Gewerkschaftshaus eine gutbesuchte Versammlung der Steinseher und Berufsgenossen im Tarifbezirk Groß-Hamburg statt, wozu auch die Kollegen vom Lokverband eingeladen waren. Die Tagesordnung lautete: Die Mißstände im Straßenbaugewerbe. 2. Die Lohnver-

Mittheile und deren Regelung. In seinen einleitenden Ausführungen geht der Fachgruppenleiter Kollege E. Schröder nur kurz auf die bestehenden Mängel ein, damit die Kollegen sich desto eingehender mit dieser Angelegenheit beschäftigen können. An der Aussprache beteiligten sich 14 Kollegen von beiden Verbänden, wodurch dann auch recht frische Mängel zur Sprache gebracht wurden. Besonders wurde darauf hingewiesen, daß die verlangte Arbeitsleistung von einigen Firmen sehr groß ist, die sich mit der in der Vorkriegszeit geleisteten Arbeit nicht vergleichen läßt. Der Arbeitsnachweis wird von den Unternehmern und den Kollegen umgangen, hierdurch werden die älteren Kollegen dauernd zurückgestellt. Die Bücherkontrolle ist noch nicht so, wie sie sein sollte. Neue Betriebsobleute und Vertrauensmänner sind nur bei sehr wenigen Firmen vorhanden. Mit Baubänden usw. sieht es bei den meisten Firmen sehr traurig aus. Von den Kollegen des Zentralverbandes wurde hervorgehoben, daß die Mängel nur dann beseitigt werden können, wenn die gesamten Berufsgruppen wieder in einer Organisation vereinigt sind. Es wäre dann den Unternehmern die Möglichkeit genommen, die eine Gruppe gegen die andere auszuspielen, und unter allen möglichen Vorwänden den Kollegen die Affordarbeit recht schmachhaft zu machen. Bei den jetzigen Verhältnissen ist damit zu rechnen, daß einige Kollegen sich doch noch überreden lassen, und die Affordarbeit zur Einführung kommt. Außerdem können niemals die Mängel mit Erfolg bekämpft werden, solange noch zwei Verbände bestehen. Nur durch die geschlossene und einheitliche Organisation könne das Ertrügnisse festgehalten und weiter ausgebaut werden. Die Kollegen des Lokalverbandes erklärten, sie sehen es ein, daß die Wiedereinigung erfolgen müsse, und sie hätten sich seit Monaten bemüht, die gesamten Mitglieder hieron zu überzeugen, aber leider wäre ein Mehrheitsbeschluss zur Wiedereinigung noch nicht zustande gekommen. Ihre Versammlung am 13. Juli würde sich mit dieser Angelegenheit nochmals beschäftigen und sie würden sich erneut für eine Wiedereinigung einsetzen. (Anmerkung des Schriftführers: Am 13. Juli ist vom Lokalverband der Steinseher beschlossen worden: „daß der Anschlag an den Zentralverband der Steinseher, Fachgruppe der Steinseher und Berufsgruppen sofort erfolgen soll. Die Mitgliedsbücher müssen bis zum 1. August zur Eintragung abgeliefert werden.“) Gauleiter A. Gökemeyer sprach dann über die Lohnverhältnisse und die Lage im Gewerbe. Es wurde beschlossen, neue Verhandlungen beim Bund der Steinbauer- und Steinlegemeister einzuleiten. Ferner berichtete Kollege Gökemeyer über den Streit der Steinseher in Leipzig, der jetzt schon 7 Wochen dauert, er ersuchte die Versammlung, diese Kollegen materiell zu unterstützen, damit sie zu der zentralen Unterstützung einen Zuschuß für Miete u. dgl. erhalten können. Ein Antrag, eine Tellerfassung vorzunehmen, wurde angenommen. Nach Erledigung von einigen internen Angelegenheiten, war die Versammlung gegen 12 Uhr beendet.

Annaberg (Erzgebirge). Am 6. Juli war eine Versammlung mit der Tagesordnung: Tariffragen und Allgemeines. Anwesend waren 23 Mitglieder. Ueber die Tarifregelung fand eine ausgedehnte Debatte statt, in der zum Ausdruck kam, daß die Arbeitgeber sich endlich dazu bequemen möchten, die Lohnhöhe durch Tarifunterschiede anzuerkennen. Es wird von den Kollegen verlangt, daß der bereits gezahlte Stundenlohn von 1 Mk. pro Stunde ab 12. Juni unterschrittlich festgelegt wird und weiter zurück bis 23. Mai der 85-Pfennig-Stundenlohn. Bei Weigerung der Meister sollen eventuell schärfere Maßnahmen ergriffen werden, Sperre usw. — Für die ausgesperrten Bergarbeiter wurden auf Liste 18 Mk. gesammelt.

Bernburg. Am 19. Juli tagte eine Versammlung der Steinseher, um Stellung zu nehmen gegen die Haltung der Unternehmer zum aufzubessernden Tarifvertrag. Der Vorsitzende, Kollege Böttcher, behandelte einleitend die Lage und teilte mit, daß der am 2. Juli abgelaufene Tarif von den Arbeitgebern ohne weiteres als verlängert anerkannt wird. Die Kollegen jedoch lehnen diese Verlängerung ohne Lohnaufbesserung ab. Der Gauleiter, Kollege Gökemeyer, wünschte am 8. Juli Verhandlung. Die Unternehmer setzten eine solche zum 16. Juli an; am 15. Juli wurde diese Verhandlung telegraphisch abgelehnt mit dem Hinweis, daß die Lebenshaltung nicht teurer geworden ist und die strittige Frage nunmehr dem Schlichtungsausschuß überwiesen sei. Ueber diese Haltung der Arbeitgeber sind die Kollegen sehr entrüstet. Es wurde dann beschlossen, mit dem hiesigen Magistrat selber zu verhandeln. — Diese Verhandlung brachte einen Erfolg von 6 Pfg. pro Stunde (von 74 auf 80 Pfg.). Zu gleicher Zeit stellte der Magistrat das Ersuchen an die Kollegen, etwas länger zu arbeiten, weil sonst alle andere Arbeit stockt und die Arbeitslosen und sonstigen Arbeiter nicht beschäftigt werden können, es kommen dabei an 200 Arbeitslose in Frage. Die Versammlung beschloß nun, die verlangte Mehrarbeit zu leisten, bis der Hauptdamn, um den es sich dreht, fertiggestellt ist. Die länger arbeitenden Kollegen verpflichteten sich für die Dauer der Längerarbeit, jede Woche einen besonderen Beitrag für den alten leidenden Kollegen Andr. Bieler abzuführen. (Bravo! Die Schriftl.) An die streikenden Kollegen in Leipzig wurden 40 Mk. abgeführt und weitere Hilfe zugesagt.

Schiedspruch im Steinsehgewerbe Berlins. Die Steinseher und Berufsgruppen nahmen in einer Versammlung Stellung zu dem vom Tarifamt gefällten Schiedspruch. Gauleiter Schenke berichtete, daß die Stundenlöhne der Steinseher und Steinhauer für die Lohnperioden im August von 95 auf 98 Pfg. erhöht werden, während die der Hammer- und Hilfsarbeiter auf 85 bzw. 60 Pfg. bestehen bleiben sollen, um so mit dem Tiefbaugewerbe konkurrieren zu können. Die stimmlich verlaufene Versammlung beauftragte die Schlichtungskommission, nochmals die Verhandlungen aufzunehmen und über das Ergebnis am Sonntag, dem 3. August, in einer vom Gesellenausschuß nach dem Gewerkschaftshaus einzuberufenden öffentlichen Versammlung zu berichten. Diese Versammlung findet statt, und zwar um 10 Uhr vormittags im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Zug fernzuhalten: Landstraße Weihenfels bis Merseburg, Tief- und Straßenbaugesellschaft, Kassel. Daselbst gilt für alle Subunternehmer, die eventuell diese Arbeit übernehmen. Auskunft erteilt Gauleiter Gökemeyer-Halle, Weingärten 26.

Rundschau.

Wirtschaft und Arbeit. Steuerabzug vom Arbeitslohn. Zu verschiedenen Zweifelsfragen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn hat der Reichsminister der Finanzen in letzter Zeit wiederholt Stellung genommen. Von besonderem Interesse sind folgende Auslassungen: Bezüge aus einer Krankenversicherung, aus der Angestelltenversicherung sowie Invaliden- und Unfallrenten gelten nicht als Arbeitslohn und unterliegen nicht dem Steuerabzug. Im Gegensatz hierzu sind Versicherungsrenten aller Art, z. B. die Leistungen auf Grund der Reichsversicherungsordnung und des Angestelltenversicherungsgesetzes einkommensteuerpflichtig und unterliegen deshalb dem Lohnabzug. Ist in einem Lohnzahlungszeitraum der steuerfreie Lohnbetrag nicht berücksichtigt, so darf ein Ausgleich in einem späteren Lohnzahlungsabchnitt grundsätzlich nicht erfolgen. Der Reichsminister der Finanzen hat sich jedoch damit einverstanden erklärt, daß bei Streit § 8 StAB. Anwendung findet. § 8 behandelt den Fall, daß nur während eines Teils eines Lohnzahlungszeitraums gearbeitet worden ist. In solchen Fällen kann der volle steuerfreie Lohnbetrag berücksichtigt werden, wenn das Arbeitsverhältnis nicht vorher beendet worden ist. Ist z. B. in einem Betrieb, in welchem nach Kalenderwochen gelöhnt wird, am Freitag und Sonnabend einer Woche gestreikt worden, so darf für diese Woche in jedem Falle der volle steuerfreie Lohnbetrag von 12 Mk. berücksichtigt werden.

Umsatzsteuer und vertikale Konzentration. Die Umsatzsteuer soll von 2½ auf 2 Prozent ermäßigt werden. Mit der

an sich nicht zureichenden Ermäßigung dieser Verbrauchssteuer will die Regierung den Gesetzentwurf über die landwirtschaftlichen Schutzzölle machbar machen. Doch war die Umsatzsteuer in der gegenwärtigen Höhe, wie auch im Sachverständigenbericht betont war, nicht aufrechtzuerhalten, wenn ein Preisabfall in die Wege geleitet werden soll. Es soll hier aber auf einen andern Umstand hingewiesen werden, der sowohl in bezug auf die Umsatzsteuer wie auch auf die gegenwärtige Methode der Einkommensteuervoranzahlung, die ebenfalls auf Grund des Geschäftsumsatzes entrichtet werden muß, wirksam ist. Im Arbeitsprozeß vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat wechselt das Produkt oft den Besitzer und die Umsatzsteuer muß bei jedem Besitzwechsel bezahlt werden. Stellt aber ein Unternehmen einen vertikalen Trust dar, der das Produkt vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat in einem, im juristischen Besitz befindlichen Betriebe herstellt, so wird er die Umsatzsteuer für die Zwischenstufen ersparen. In der Textilindustrie kann sich zum Beispiel für einen Trust eine Erparnis von siebenmaliger Entziehung der Umsatzsteuer erzielen lassen. Diese Begünstigung kann weiteren Vertrauensvorschieben leisten. Für die gegenwärtige Preisgestaltung ergibt sich aber eine verhängnisvolle Konsequenz daraus. Die Marktpreise der Waren müssen so bestimmt werden, daß dabei auch die selbständigen, also in Truste nicht zusammengefaßten Betriebe existenzfähig bleiben. Daraus folgt, daß der Ertrag des vertikal gegliederten Trustes um den Betrag der ersparten Umsatzsteuer wachsen muß. Auf diese Weise wird dem Monopolkapital auf Kosten des Verbrauchers eine weitere Gewinnquelle erschlossen.

Welternteausichten. Das landwirtschaftliche Institut in Rom berichtet über die Welternteausichten im Juni für die nördliche Halbkugel einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Die schlechten Aussichten für die diesjährige russische Ernte sind bekannt. Es droht wieder ein verhängnisvoller Ausfall an Getreide für Saat und als Lebensmittel. Die Ernteschätzungen für Nordamerika stehen unter dem Stand des Vorjahres, und zwar sowohl in Kanada wie in den Vereinigten Staaten. In Kanada ist dies der schlechteste Witterungs- in den Vereinigten Staaten mehr noch der Einschränkung der Anbaufläche zuzuschreiben. Der Rückgang wird für Roggen und Gerste noch erheblicher sein, als für Weizen. Für die fünf größten Weizenländer, die ein Viertel der Weltproduktion liefern, wird ein Rückgang von 8,7 Prozent gemeldet. Dem Bericht zufolge bestehen in Belgien, in den Donauländern und Balkanstaaten Aussichten auf eine größere Ernte als vor einem Jahr. In Indien und Spanien dagegen wird eine weniger ausgiebige Ernte erwartet.

Arbeiterregierungen in Australien und die Einwanderung. Vor einem Jahr gab es nur in Queensland eine Arbeiterregierung, durch die seitdem stattgehabten Wahlen sind aber noch in drei andern Gliedstaaten des australischen Staatenbundes (Commonwealth), Tasmanien, Südastralien und Westaustralien, Arbeiterregierungen ans Ruder gelangt. In den letzteren zwei Gliedstaaten haben die Wahlen erst vor einigen Wochen stattgefunden. Auch im Staatenbund selbst, wie im Gliedstaat Neuseeland wird eine Arbeitermehrheit bei den nächsten Wahlen erwartet. Die Bestrebung der Arbeiterpartei in Australien war bisher auf die Einführung sozialpolitischer Maßnahmen für die Industriearbeiter gerichtet. In der Tat hatten sie auf diesem Gebiet sehr viel erreicht und dienen sozialpolitischen Gesetzgebungen Europas vielfach zum Muster. Allerdings haben sie hohe, die Lebenshaltung sehr verteuerende Industrieschutzzölle mit in den Kauf genommen. Auch betrieben sie eine sehr konservative Auswanderungspolitik, die nicht nur die gelben Rassen, sondern auch die weißen zurückzuführen suchte. Ebenso waren die Arbeiterparteien als Vertreter der Industriearbeiter in bezug auf die Probleme der Landwirtschaft untätig und haben für eine durchgreifende Bodenreform, die Aufteilung des Großgrundbesitzes unter den kleinen Landwirten, die infolge der Sperrung des Landes durch den Großbesitz nur sehr schwer zu brauchbarem Boden gelangen können, nichts geleistet. Jetzt soll aber, wie der englische „Economist“ und die amerikanische Zeitschrift „The Nation“ berichten, eine radikale Wandlung in der Politik und Auffassung der Arbeiterparteien eingetreten sein. Sie planen eine Vermögensabgabe, außerdem aber eine Erhöhung der direkten Steuern, auch sind jetzt in der Frage der Einwanderung und der Agrarreform nicht mehr so zurückhaltend wie bisher. Sie wollen die Einwanderung, wenn auch nicht der gelben Rassen, so wenigstens für die Weissen aus allen europäischen Ländern erleichtern. Die Ueberzeugung, daß ein Land wie Australien, dessen Gebiet ebenso groß ist wie das der Vereinigten Staaten, dessen Bevölkerungszahl aber nur ein Zwanzigstel der letzteren ausmacht — weniger als 6 Millionen gegenüber 120 Millionen der Vereinigten Staaten — und dessen Boden im Vergleich zu dem der Vereinigten Staaten nur zu 1 Prozent bebaut ist, dringend der Einwanderer bedarf, hat sich bei der Arbeiterpartei Bahn gebrochen. Zwischen 1910 und 1914 betrug die Zahl der Einwanderer 300 000, während derselben Zeit wanderten 5 Millionen Leute nach den Vereinigten Staaten aus. Auch sollen die Arbeiterparteien den Weg zu den kleinen Landwirten, mit denen sie ursprünglich zusammenwirkten, zurückgefunden haben und nun bereit sein, die Aufteilung des Bodens in die Wege zu setzen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Zahlstellenkassierer. Volle Mitgliedsbücher und Karten vom früheren Steinsehverband sind nicht mehr an den Zentralvorstand einzufenden. Die neuen Mitgliedsbücher stellen die Zahlstellenkassierer selbst aus. Bei Uebertragung der bisher geleisteten Beiträge ist zu beachten, daß die Lokalmarken nicht als Beitragsmarken mit angerechnet werden. Wo keine Mitgliedsbücher vorrätig sind, sind solche vom Hauptvorstand anzufordern.

Auf Antrag der Zahlstelle Leipzig II wurden die Steinseher Artur Pohle, Kurt Pegoold, Karl Weißbach und Kurt Thierfelder wegen Streichbruch aus dem Verbandsausgeschlossen!

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

6. Gau (Karlsruhe). An der Sammlung zur Unterstützung des durch lange Krankheit in schwere Not geratenen Kollegen Mich. Ziesler von Hornberg, beteiligten sich die nachgenannten Zahlstellen des Pfälzersteinbezirks von Mittel- und Südbaden und zwar: Hornberg mit 37 Mk., Raumlingach 30,85 Mk., Seebach 65 Mk. Summa 132,85 Mk. Für diese Unterstützung sagt die Gauleitung den Kollegen dieser Zahlstellen im Namen des Kollegen Ziesler den aufrichtigsten Dank. Fr. Sarfert.

Raumburg. Mitgliederversammlungen finden am ersten Sonnabend nach dem ersten eines jeden Monats statt. — Nächste Mitgliederversammlung Sonnabend, den 2. August, abends 8 Uhr, im Goldenen Hahn. Wichtige Tagesordnung.

Wirsberg. Abgereicht sind der Steinmeß Kollege Lauterbach, Hans, Verbandsbuch Nr. 074 686, und der Schleifer Dietel, Hans, Verbandsbuch Nr. 053 218. Beide haben ihre Bücher in größter Unordnung hier zurückgelassen. Koppmeier, Kassierer.

Adressenänderungen.

1. Gau: **ND. Elbing.** Vorl.: Max Thiel, Fischerstraße 11. — **NB. Stargard (Medlenburg).** Vorl. u. Kass.: E. Felgenhauer, Mühlenstraße 15.
2. Gau: **Niederlinda, Kr. Lauban (Schles.).** Kass.: Bruno Walter, Ober-Heidersdorf Nr. 174, Kr. Lauban.
4. Gau: **Altenburg.** Kass.: Paul Pohling, Karstr. 1, II. — **Eisenach.** Vorl. u. Kass.: Otto Wöber, Exerzierplatz 4.
6. Gau: **Dahlemburg.** Vorl.: Johann Konz.
7. Gau: **Fürstenauf.** Vorl.: Gg. Schreiner, Steinhof, Post Kalteneck.
8. Gau: **Ueberrahofen.** Post Pappenheim. Vorl. u. Kass.: Heinrich Schorr.
9. Gau: **Wplar, Kr. Wehlar (bisher Becklingen).** Vorl. u. Kass.: Heinrich Weisfeld, Grünberg, Oberhessen.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Ende Juli erscheint das erste Heft der neuen wissenschaftlichen Zeitschrift für die Gewerkschaftsbewegung, „Die Arbeit“. „Die Arbeit“ erscheint im Verlag der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sie wird herausgegeben von Theodor Leipart und redigiert von Lothar Erdmann. Die Zeitschrift erscheint zunächst einmal monatlich und wird am 15. jedes Monats zur Ausgabe gelangen. „Die Arbeit“ hat den Zweck, die mit den neuen erheblich erweiterten Aufgaben der Gewerkschaften zusammenhängenden Probleme theoretisch zu erklären, in stetem Hinblick auf die praktische Tätigkeit der Gewerkschaften. „Die Arbeit“ soll den Gewerkschaften Gelegenheit bieten, bestehende Gegenstände in organisatorischen und gewerkschaftspolitischen Fragen zum sachlichen Austrag zu bringen. Sie soll ihnen die Möglichkeit schaffen, in freiem Meinungsaustausch, ohne parteipolitische oder gewerkschaftsbürokratische Rücksichten sich über die bedeutendsten Fragen zu verständigen, um die Einheit und Stoßkraft der Bewegung zu fördern. „Die Arbeit“ soll die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung sowie zu den andern Kreisen pflegen, die sich mit den Problemen der sozialistischen Wirtschaft und sozialistischen Kulturfragen beschäftigen, und die Stellung der Gewerkschaften im Ganzen der Arbeiterbewegung klären. „Die Arbeit“ wendet sich vor allem an die heranwachsende gewerkschaftliche Führergeneration. Ihnen will sie ein Wegbereiter zu den neuen Zielen sein, die sich für die Gewerkschaften aus ihrem Recht zu aktiver Mitwirkung an den wirtschaftsorganisatorischen und gewerkschaftspolitischen Aufgaben wie am Ausbau des Arbeitsrechts ergeben. Von dem Können und der Initiative der jungen Führer wird es abhängen, ob die Gewerkschaften die ihnen zustehenden Rechte in der kommenden Zeit erfolgreich wahrnehmen, ob sie diese Rechte erweitern können. „Die Arbeit“, die sich auf die Gesamtleitung der im ADGB vereinigten Gewerkschaften stützt, hat die führenden Gewerkschafter zu ihren Mitarbeitern, sowohl der Arbeiter- und Angestellten- wie der Beamtenbewegung. Darüber hinaus darf sie auf die Mitarbeit der maßgebenden Volkswirtschaftler und Sozialpolitiker der Sozialdemokratischen Partei rechnen. „Die Arbeit“ hat eine Reihe der angesehensten Nationalökonomien, Soziologen und Juristen zur Mitarbeit herangezogen, um die besten Kräfte für die Schulung des gewerkschaftlichen Führernachwuchses zu gewinnen. Das erste Heft der „Arbeit“ bringt folgende Aufsätze:

Lothar Erdmann „Der Weg der Gewerkschaften“, Fritz Tarnow „Wandlungen im Tarifvertragswesen“, Prof. Dr. Lujo Brentano „Die deutschen Gewerkschaften nach dem Versailles-Friedensdiktat“, Theodor Leipart „Die Stellung der Gewerkschaften in der internationalen Arbeiterbewegung“, Karl Mennicke „Die Kulturbedeutung des Achtstundentages“, Franz Spließ „Der Ausbau des Arbeitslosen-schutzes“, Martin Wagner „Gemeinwirtschaftspolitik“.

In der „Rundschau der Arbeit“ berichten: Franz Spließ über „Lohn- und Tariffragen“, Fritz Schröder über „Die Entwicklung der Angestelltenbewegung“, Th. Kohler über „Beamtenprobleme“, F. Tarnow über „Organisationsfragen im ADGB“, Gertrud Hanna über „Arbeiterinnen in der gewerkschaftlichen Internationale“, Theodor Thomas über „Gewerkschaften und Bildung“ und Paul Ufermann über „Die Kartellordnung und ihre Wirkungen“.

Das zweite Heft, das Mitte August erscheinen wird, wird folgende Aufsätze enthalten: Robert Schmidt „Sozialpolitik und Wirtschaft“, Hugo Sinzheimer „Der Kampf um das neue Arbeitsrecht“, Dr. Otto Lipmann „Arbeitswissenschaft“, Richard Woldt „Probleme der industriellen Betriebskontrolle“, Klemens Köpfer „Der Betriebsrat“, S. Aufhäuser „Die Angestelltenbewegung“, A. Falkenberg „Die neue Beamtenbewegung“ und Bern Weyer „Die Arbeiterbanken“.

Der Abonnementpreis der „Arbeit“ beträgt vierteljährlich 3 Mk., für Organisationsmitglieder 2,40 Mk. Der Preis des einzelnen Heftes ist 1 Mk., für Organisationsmitglieder 80 Pfg. Die Zeitschrift ist durch alle Postanstalten und Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag zu beziehen.

Erlebniskultur. Sammlung von Schriften zur praktischen Durchdringung des Lebens im Sinne der Religion des Sozialismus, Band 1: Genialität und Alltag, der Weg zur Rettung des Abendlandes. Von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hannover, Jordanstr. 1. Preis kart. 1 Mk.

Von sozialistischer Begeisterung gepackt gibt uns der Verfasser aller Gegenwartsnot und allem Prophetentum vom Untergange des Abendlandes zum Troste einen lebendigen Glauben an den sozialistischen Menschen ein. Eine Schrift über proletarische Kultur, die ihren Lesern zugleich eine proletarische Feierstunde bedeutet.

Briefkasten.

Druckfehler. In Nr. 30, 3. Seite, 3. Spalte, Artikel: „Som Wuchten“. In der Schlusszeile des zweiten Absatzes muß es statt: „Syndikalisten“ heißen: Syndikusse.

Dres u. Schl. Das Bild von 1886 erwünscht, wird später zurückgeliefert.

Einfender. Für die prompte Ueberlassung der gewünschten Photographien sagt die Schriftleitung Dank.

F. Von der Jubiläumsummer sind noch Exemplare vorhanden. Für die von dir gewünschte Agitation eignet sie sich ohne Zweifel. Gib nur die Bestellung auf.

Saargemünd. Ein Kollege solchen Namens ist uns nicht bekannt. Auch der 1848 erschossene frühere Freiheitskämpfer gleichen Namens hat damit nichts zu tun. Die Skizze ist von dem lebenden Schriftsteller, wohnhaft Wehlar, Kreisstr. 1. — Die andre Frage muß ich verneinen, da legt schon das Einkommen die Bremse an.

Anzeigen

Bruchmeister mit langjähriger Praxis wird für Marmorbruch nach Jugoslawien gesucht. — Angebote an die Steinindustrie L. Pierotti Nachf. Zagreb S. H. S. Kukoviceva ulica 23/25.	Gesucht umsichtiger, energischer Bruchmeister für reinen Pfaltersteinbetrieb in Schleifen zu baldigem eventuell späterem Antritt. Bewerb. unt. Granit 100 a. d. Schriftleitung dieser Zeitung.
---	--

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingelangt werden.

In **Dresden-Girna** am 30. Juni der **Brecher Gottfried Cier**, 59 Jahre alt, Gasvergiftung.

In **Wilschütz** am 12. Juli der Betriebsleiter **Paul Teichmann**, 32 Jahre alt, Unfall.

In **Striegan** am 14. Juli der Hilfsarbeiter **Paul Schuermann**, 45 Jahre alt, Unfall.

In **Maulbronn** am 16. Juli der Sandsteinmeß **Karl Herrmann**, 47 Jahre alt, Lungentuberkulose.

Chresthem Andenten

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold. Verlag von Ernst Winkler beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.